

Häufigkeit 75 Pf. monatlich 3,25 Mk.  
(davon 27 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Postbezug 2,97 Mk. einschließlich 20 Pf.  
Verrechnung- und 72 Pf. Postbeleg-  
gebühr. Auslandsbestellungen 2,00 Mk.  
pro Monat; für Länder mit ermäßig-  
tem Druckfrachtpost 4,65 Mk.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage  
„Soll und Sein“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitig. Millimeterzeile 30 Pf.  
Reklamenzeile 2.- Mk. „Kleine An-  
zeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf.  
Liniendruck zwei Zeilen je Wort je  
weiteres Wort 10 Pf. Abatit 16. Tarif.  
Worte über 15 Buchstaben zählen für  
zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeter-  
zeile 20 Pf. Familienanzeigen Milli-  
meterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme  
im Hauptgeschäft Lindenstr. 3  
wochentäglich von 9 1/2 bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-  
lehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Dönhof (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3 Tel. 8. u. Dirc.-Geb., Depositent. Fernrufnummer Str. 65-66

# Heute Lustgarten!

## Aufmarsch der Eisernen Front

# 17 1/2 Uhr spricht Aufhäuser

### Wir marschieren alle!

Von Carl Severing

Die Annahme seiner zweiten Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl hat Hindenburg unter anderem damit begründet, daß er Deutschland nicht sehenden Auges den Passionsweg des Bürgerkrieges beschreiten lassen wolle. Mit diesem schlichten Wort hat er die innenpolitische Situation, die sich nach einem Siege der Rechten ergeben würde, treffend gekennzeichnet. Hätten in den letzten Jahren die bürgerlichen Berufspolitiker, die bei allen möglichen Gelegenheiten als ihrer politischen Weisheit letzten Schluß ein Patieren mit den Nationalsozialisten empfahlen, dieselbe klare Erkenntnis vom Wesen und vom Nachthunger der sogenannten „nationalen Opposition“ befaßen, dann stände das Gespenst des Bürgerkrieges nicht in so bedrohlicher Nähe. Heute sind sich aber wohl alle politischen Kreise darüber im klaren, daß ein Sieg der Nationalsozialisten das Signal zu innerpolitischen Auseinandersetzungen sein würde, für die der Name „Bürgerkrieg“ leider keine Uebertreibung wäre.

Der Reichswehrminister Groener hat sich in den letzten Monaten wiederholt gegen das bloße Gerede vom Bürgerkrieg gewandt und auf den Schaden hingewiesen, den die fortwährenden Bürgerkriegsgerüchte nicht nur der öffentlichen Sicherheit, sondern auch der Wirtschaft zufügen. Ich bin darin mit ihm ganz einer Meinung. Gewiß hat die Wirtschaftsnöte die Unsicherheit bedenklich vermehrt, gewiß hat die ungehemmte Propaganda der Radikalen eine Bestialität in die politischen Auseinandersetzungen getragen, die deutlich erkennen läßt, bis zu welchem Grade sich der Zündstoff bereits aufgehäuft hat.

Aber wo heute an irgendeiner Stelle der Versuch gemacht werden sollte, Bürgerkriegsdrohungen in die Tat umzusetzen, da würde dieser Versuch sofort im Keim erstickt werden.

Die Machtmittel des Reiches und der Länder sind stark genug, um die grausamste Selbstzerfleischung des deutschen Volkes, den Bürgerkrieg, zu verhindern. Geleitet und, wenn nötig, eingesetzt von verfassungstreuen Regierungen sind sie verlässliche Garantien für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

Heute! Aber wie würde es nach einem Siege der Nationalsozialisten sein? Nach Artikel 53 der Reichsverfassung ernennet der Reichspräsident den Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister. Nun kennen wir aber doch den Wunschzettel der Herren Nationalsozialisten nicht erst seit dem Tage, an dem die Harzburger Front an der Unerfährlichkeit der Hitler-Deute scheiterte. Wir wissen seit den Septembertagen 1930, daß sie auf eine unmittelbare Beeinflussung der Sozialpolitik zugunsten der Arbeiter durch die Präsentation eines Reichsarbeitsministers keinen Wert legen. Die Anturbelegung der Wirtschaft interessiert sie auch nicht in erster Linie, also können sie auch auf den Reichswirtschaftsminister verzichten. Auch die Ministerien der Finanz, der Justiz, der Post und des Verkehrs sind für sie nicht die größten Anziehungspunkte. Dagegen war für sie schon vor den Verhandlungen mit den Gruppen der Harzburger Front die Besetzung der Posten des Reichskanzlers, des Reichswehrministers und des Reichsinnenministers die conditio sine qua non. Bei weiteren Erfolgen würden sie sich mit diesen

### Erregung in Breslau.

Schluß mit dem blutigen Hakenkreuzterror!

Breslau, 10. März. (Eigenbericht.)

Die beiden Nationalsozialisten, die am Mittwochnormittag den gemeinen Feuerüberfall auf den Breslauer Sozialdemokraten Günther verübten, konnten von der Breslauer Kriminalpolizei noch nicht ermittelt werden. Wahrscheinlich haben sich die Mordbuben zu Gefinnungsgenossen aufs Land geflüchtet. Die bisher verhafteten acht Nationalsozialisten, die zusammen mit den noch Geflüchten in der Hertrstraße Flugzettel verteilten, verweigern der Polizei jede Aussage.

Die in der Eisernen Front zusammengeschlossenen Verbände veranfalteten am Donnerstagabend im Großen Saal des Breslauer Gewerkschaftshauses eine machtvolle Protestkundgebung gegen den Naziterror, in der der Vorsitzende des Ortsvereins der SPD, und der sozialdemokratische Bürgermeister von Breslau, Genosse Wache, sprachen. Beide Redner rechneten aufschärfste mit den nationalsozialistischen Banditen ab, die schon seit Monaten in beiden schlesischen Provinzen ihr blutiges Handwerk betreiben.

Bürgermeister Genosse Wache überbrachte der Kundgebung die Grüße des in der chirurgischen Klinik liegenden Genossen Günther, der seinen Kameraden mitteilen ließ, daß ihn trotz seiner schmerzhaften Wunden der alte sozialdemokratische Kampf-

geist befehle. Aus der Ansprache des Genossen Wache interessiert vor allem die Mitteilung, daß sich die SA im Regierungsbezirk Breslau nachweisbar zu 38 Proz. aus früheren Kommunisten zusammensetzt.

Zum Schluß der Kundgebung wurde eine Entschliebung angenommen, die von dem Breslauer Polizeipräsidenten die sofortige Durchführung folgender Maßnahmen fordert:

1. Auflösung sämtlicher SA-Heime und Brauereihäuser in Breslau.
2. Verbot der Verteilung nationalsozialistischer Flugblätter in Breslau.
3. Verbot einer für Sonnabend angelegten nationalsozialistischen Kundgebung, die als Kanturrenzveranstaltung zu einer Brünning-Versammlung aufgeboten wird und in der der Feindmörder Heines sprechen soll.
4. Schärfstes Vorgehen der Breslauer Gerichtsbehörden gegen die nationalsozialistischen Mordbanditen.

Ein für Sonnabendabend von den Breslauer Nazis geplanter Fackelzug, der von der Polizei bereits genehmigt war, wurde am Donnerstag von Breslauer Regierungspräsidenten verboten. Der unmittelbare Anlaß zu diesem Verbot ist in den beiden nationalsozialistischen Bluttaten in Breslau zu suchen.

Positionen wohl kaum noch begnügen und auch Pöst und Justiz mit Beschlag belegen. Durch allzu große Bescheidenheit haben sich die Herren ja nie ausgezeichnet. Aber wie dem auch sei: in unserer Betrachtung interessiert zunächst die Feststellung, daß sie die Auslieferung der gesamten staatlichen Nachtmittel in ihre Hand als das nächste und höchste Ziel betreiben.

Dazu kommt noch ein anderes.

Der Artikel 47 der Reichsverfassung stellt fest, daß der Reichspräsident den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches hat.

Man stelle sich einmal vor, daß dieser Reichspräsident Hitler hieße. Für den Psychologen mag es ungemein reizvoll sein, Betrachtungen darüber anzustellen, wie die Wehrmacht darauf reagieren würde! Der Politiker sieht die Dinge so: wenn Oberbefehl und Verwaltung der Wehrmacht (Wehrministerium), Reichspräsidentenschaft und Reichskanzleramt und schließlich das Reichsministerium des Innern sich in den Händen einer Partei befinden, dann sind nicht nur die Machtmittel, sondern auch die Verwaltungsbehörden im Besitze dieser Partei. Denn zur Zuständigkeit des Reichspräsidenten gehört auch die Ernennung und Entlassung der Reichsbeamten und der Offiziere, und wenn auch die Verfassung die Möglichkeit vorsieht, das Ernennungs- und Entlassungsrecht auf andere Behörden zu übertragen — es ist kaum damit zu rechnen, daß ein nationalsozialistischer Reichspräsident die Delegationsbefugnisse zugunsten eines Nicht-Pg. ausüben würde.

Nun läßt sich zwar einwenden, daß ja nach Artikel 54 der Verfassung der Reichskanzler und der Reichsminister zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages bedürfen und daß nach einer anderen Verfassungsbestimmung der Reichspräsident bei der Uebernahme seines

Amtes schwört, die Verfassung und die Befehle des Reiches zu wahren. In diesen Verfassungsbestimmungen aber sehe ich die Meilensteine, an denen die legalen Wege der Ordnung und der Sicherheit enden und der Passionsweg des Bürgerkrieges beginnt.

Ich bin der letzte, der einen im öffentlichen Leben stehenden Mann nach einer Rede, nach einem Zeitungsartikel, nach einem (vielleicht noch aus dem Zusammenhang gerissenen) Wort beurteilen möchte. Herr Hitler aber tut man wohl nicht unrecht, wenn man zur Beurteilung seiner politischen Persönlichkeit und seiner politischen Ziele die Bekenntnisse zugrunde legt, die er in seinem Buche „Mein Kampf“ zusammengetragen hat und die der Propaganda seiner Partei bis heute noch in hohem Maße Form und Inhalt geben. In diesem Buche hat er sich über den Vorkriegs-Reichstag frei nach Oldenburg-Januschau in folgender Weise geäußert:

„Die Parteien waren aufzulösen, der Reichstag, wenn nötig, mit Bajonetten zur Vernunft zu bringen, am besten aber sofort aufzuheben.“

Das Wort stammt aus den „Kampf“-Jahren, steht aber noch in einer im Jahre 1930 erschienenen Neuauflage des Buches. „So hat er's gehalten von Jugend an, und was er als Trommler gepflegt und getan —“, wird er als Reichspräsident nicht entbehren wollen. Der ganze Haß und Lügenfeldzug der Nationalsozialisten gegen das „System“ hätte gar keinen Sinn, wenn sie wirklich die Verfassung und die Befehle des Systems wahren wollten, und darum besteht die Gefahr, daß ein Präsident Hitler das ausführt, was er — post festum freilich! — in seinem Buche einer kaiserlichen Regierung als sein Rezept anpries.

Das aber wäre die Kriegserklärung an das republikanische Deutschland, das wäre schon die erste Kriegshandlung.

Denn es würde sich sehr bald herausstellen, daß es unendlich leichter ist, gewissenlose Rezepte zum Hochverrat niederzuschreiben, als den Hochverrat siegreich durchzuführen.

Die Eisene Front ist nicht zusammengezogen, nur um zu parodieren und zu demonstrieren.

Wie im Jahre 1920 das Kapp-Unternehmen abgewehrt worden ist durch die zähe Front der Arbeiter, Angestellten und Beamten, so würde die Eisene Front des Jahres 1932 nicht weniger ihrer letzten Zweckbestimmung gerecht werden. Und die Träger der Staatsgewalt? Die Antwort auf diese Frage soll kurz sein:

Verfassungsbrechern und Hochverrätern gegenüber ist niemand Gehorsam schuldig!

Selbst wenn man annehmen wollte, daß wie beim Kapp-Putsch ein Teil der staatlichen Hoheitsträger sich den Usurpatoren zur Verfügung stellen würde, so wäre damit zwar das Schicksal der letzten Reserven der Staatsmacht und der Staatsautorität besiegelt; denn die Zerlegung und das Auseinanderfallen der staatlichen Machtmittel wäre die Befreiung der letzten Schranke, die den Weg zum Bürgerkrieg versperrt kann. Aber der Sieg der Hochverräter wäre auch damit noch nicht verbürgt.

Hat darum auch der Versuch eines kalten Putsches kaum eine Chance des Gelingens, so ist auch der Versuch schon eine Fratzenart schlimmster Art, da er mit dem Leben von Volksgenossen spielt und durch die Zerstörung wirtschaftlicher Werte auch die Zukunft des Landes aufs schwerste bedroht. Die Träger des Kapp-Putsches waren einige tausend unzufriedener Soldaten, zwar bis an die Zähne bewaffnet, aber nur in wenigen Bezirken des Reiches aktiv. Und doch sind stricke tausend blühender Menschenleben diesem Wahnsinnsunternehmen zum Opfer gefallen, ist der wirtschaftliche Gesundungsprozess um Jahre verlangsamt worden. Volk und Staat sind inzwischen auf wirtschaftlichem Gebiet nicht widerstandsfähiger geworden. Ein neuer Schlag kann tödlich werden. Die Propaganda hat in weiten Schichten des Volkes eine Erbitterung erzeugt, deren Entladung nur zu größtem Blutvergießen und gewaltsamen Zerstörungen führen kann und die alles, was wir im Kapp-Putsch erlebt haben, in den Schatten stellen würde. Der Leidensweg der Selbstzerfleischung des Volkes wäre mit Blutströmen übergossen, mit den Trümmern der Wirtschaft gepflastert. Und sein Ende wäre die Verewigung des Hungers und der Not.

Und diesen Weg sollten wir freiwillig betreten? Für jeden Arbeiter, der sich auch nur ein Mindestmaß von politischem Denken bewahrt hat, kann es nur eine Antwort auf diese Frage geben:

Nein, und tausendmal nein! Wir wollen keinen Völkerring, aber wir wollen auch keinen Volkskrieg!

Darum darf am 13. März keine sozialdemokratische Stimme verloren gehen. Wir wählen Hindenburg, weil wir die Barbarei des Rassenhasses und das „System“ der Lüge und der Verleumdung schlagen wollen, wir wählen Hindenburg, weil wir in der Sammlung der aufbauwilligen und freiheitsliebenden Kräfte das einzige Mittel sehen, um dieses Ziel zu erreichen. Wir wählen Hindenburg, weil wir vom Weg des Terrors und der Not zum Weg der Freiheit gelangen wollen.

Und wir alle marschieren, diesem Ziele entgegen, im alten Takt freiwilliger Disziplin und Solidarität!

Wir marschieren alle!

### Eisene Front in Thüringen.

Gewaltige Kundgebung im ehemaligen Reichs Friede.

Weimar, 10. März.

Die Eisene Front hielt gestern in Bad Blankenburg in Thür. eine gewaltige Wahlkundgebung ab. Die Parole „Schlagt Hitler, darum wählt Hindenburg“ hatte über 3000 Menschen in das kleine Städtchen gelockt, die trotz des heftigen Schneetreibens stundenlange Fußwege von ihren entlegenen Thüringer Walddörfern nicht gescheut hatten.

Hitler hatte, als er am vorigen Sonnabend in Blankenburg sprach, neben seinen auf Autos hingebenden SA, sogar einen Sonderzug aus Halle nach Blankenburg zusammengeleitet, um die neuerbaute Stadthalle füllen zu können. Die Eisene Front füllte ihren Saal ohne die Hilfstruppen. Selbst die größten Opmistiken hatten eine solche Massenversammlung nicht erwartet.

Der halleische Sozialist Professor Mario Cori referierte über „Das Dritte Reich in Wirklichkeit“, während Reichstagsabgeordneter Georg Dieck die tatsächlichen Gründe darlegte, die zur Unterfütterung der Hindenburg-Kandidatur geführt hatten. Beide Redner fanden stürmischen Beifall in der fast zu zwei Dritteln aus arbeitslosen Thüringer Waldbewohnern bestehenden Versammlung.

Die Eisene Front ist im ehemaligen Reichs Friede auf dem Vormarsch!

### Der Ihenplig!

Markanter Zuwachs einer „Arbeiterpartei“.

Der „Angriff“ verband folgende Freudenbotschaft, die sicherlich die „proletarische“ Gefolgschaft des Herrn Goebbels in Berlin auf das höchste interessieren wird:

Der Major a. D. Graf Ihenplig in Rummernitz bei Breddin hat in einem Schreiben an den „Stahlhelm“ seinen Austritt aus dem „nicht mehr überparteilichen“ Bund der Frontsoldaten, und seine Gefolgschaft zu Adolf Hitler erklärt. Wir aber erinnern uns bei diesem Namen, daß es einmal eine Zeit der Raubritter gab, in der der märkische Bauer und Selbstgänger betete:

Vor Baderth und Röderth,  
Vor Krachten und vor Ihenplig,  
Bewahrt uns, Heber Gott!

Die Nachkommen, die jetzt die SA der Nationalsozialisten aufstellen (und die den innerlichen Besitzungen nicht loswerden können), sie fühlen sich geschmeichelt für einen Herrn von Ihenplig ihre Haut zu Markte tragen zu dürfen!

# Drei Tage Legalität.

Hitlers Eid und — die Wirklichkeit!

Der Präsidentschaftskandidat Hitler hat in Leipzig beschworen, daß die Nationalsozialistische Partei auf dem Boden der Gesetzlichkeit stehe und nur mit gesetzlichen Mitteln arbeite. Wie das aussieht, das mögen folgende Ereignisse der letzten drei Tage illustrieren:

1. In Greifswald werden in der Nacht zum Dienstag von einer 100 Mann starken SA-Bande

die Büroräume der sozialdemokratischen „Volkszeitung“ gestürmt.

Die 18 Mann starke Wache wird unter Anwendung von Waffen aller Art überwältigt, einer der Wächter dabei schwer verletzt. In der gleichen Nacht werden die Fensterheben des Gewerkschaftshauses und einer kommunistischen Buchhandlung in Greifswald eingeschlagen, ebenso wird in Barth die Filiale des sozialdemokratischen Blattes „Der Vorpommern“ demoliert.

2. In Birmasens und Ludwigshafen (Pfalz) wird eine nationalsozialistische Bombenfabrik ausgehoben.

Über 30 Bomben und eine große Anzahl Pakete mit Sprengstoff wurden beschlagnahmt. Leiter der Bombenfabrikation ist der Sturmführer der pfälzischen SA und SS, Theodor Eicke, die weiteren verhafteten vier Täter sind gleichfalls sämtlich Nationalsozialisten.

3. In Breslau schießen am Mittwoch nationalsozialistische Flugblattverteiler

den Sozialdemokraten Hermann Günther über den Haufen.

welch dieser die Annahme von Flugblättern verweigert und die Verteiler zum Verlassen seines Hauses auffordert. Günther erhält nicht weniger als sieben Schüsse in Arm, Brust und Anie.

4. In Berlin wird ein

Hochverratskomplott bei der Schutzpolizei

aufgedeckt. Ein Angehöriger der Gauleitung Berlin der NSDAP hat den Polizeileutnant Kurt Lange und den Polizeiwachmeister Schulz-Briesen veranlaßt, bestimmte Pläne der Schutzpolizei, die die Lage der Torwachen Fernsprechanlagen und Alarmanlagen enthalten, an die NSDAP auszuliefern. Bei den Verhafteten werden solche Pläne gefunden, sie sind geständig, diese für die NSDAP entwendet zu haben.

5. In Homburg (Ruhrgabiet) veranlassen die im dortigen

„Schlageterheim“ untergebrachten nationalsozialistischen SA-Deuts eine wüste Schießerei, bei der der Chauffeur, der das Auto des Polizeipräsidenten lenkt, getötet wird.

Das sind nur die wichtigsten Vorkommnisse. Man könnte allein aus Berlin hinzuzügen den Sturm auf das Arbeitsamt in der Bleimstraße, aus der Mark Brandenburg die verurteilte Verfallungspredigt in Priywalk und ein Duzend ähnlicher Vorkommnisse, die gar nicht mehr gemedelt werden, weil sie schon alltäglich geworden sind. Aber wir meinen, daß das hier Notierte genügt, um diese Partei zu charakterisieren:

Hochverrat in der Schutzpolizei — Bombenfabrikation — Mord — Sturm auf Gewerkschaftshaus — das ist eine feine Legalität!

### Neue Legalitätsschwüre. — Verdächtiges aus Braunschweig.

Die Enthüllung der hochverräterischen nationalsozialistischen Umtriebe in der Berliner Schutzpolizei hat die Reichsleitung der NSDAP veranlaßt, eine neue Legalitätserklärung abzugeben, in der die Mitteilungen des Berliner Polizeipräsidenten als „unbewiesene Behauptungen und Gerüchte“ bezeichnet werden. Angesichts der sich häufenden Nachrichten über illegale Vorbereitungen und Handlungen der Nationalsozialisten ist diese Erklärung nicht das Papier wert, auf dem sie steht.

Man wird in den nächsten Tagen den Nazis auf die Finger sehen müssen. In Braunschweig geht eine verdächtige Konzentration von SA-Deutschen aus dem Reich vor sich, die stärkste Beunruhigung in der Bevölkerung hervorruft. Die Dinge in Braunschweig sollten die Reichsbehörden veranlassen, sich nicht zu sehr auf die Legalitätsschwüre aus dem Nazilager zu verlassen.

### Braunschweigische Druderei fälscht!

In der braunschweigischen Waisenhausdruderei sind zehn-tausende von gefälschten Ausgaben des Hannoverischen „Volkswillen“ hergestellt worden, die illegal in Stadt und Land Hannover verteilt werden sollten. Es ist der Sozialdemokratischen Partei in Hannover jedoch gelungen, ein vollpacktes Cassauto der Nazis mit dem gefälschten Material am Doanerslag nachmittags abzufangen und der Polizei zuzuführen. Die Ladung wurde beschlagnahmt.

# Hindenburgs Rundfunkrede.

Auf alle deutschen Sender übertragen.

Reichspräsident von Hindenburg hielt am Donnerstagabend im Rundfunk folgende Rede:

„Deutsche Männer und Frauen!

Als vor sieben Jahren zum ersten Male die Frage an mich herantrat, mich für Deutschlands höchstes Amt zur Verfügung zu stellen, habe ich es absichtlich vermieden, vor parteimäßig aufgelegenen Versammlungen zu reden und deshalb nur einmal im Rundfunk vor dem gesamten deutschen Volke gesprochen. Jetzt, wo mir zum zweiten Male die Präsidentschaft des Deutschen Reiches angetragen worden ist, wollte ich mich im Wahlkampf völlig zurückhalten. — Der Verlauf desselben nötigt mich aber, aus meiner Zurückhaltung herauszutreten und im Rundfunk zu dem gesamten deutschen Volke zu sprechen; denn alle sollen es aus meinem Munde hören, warum ich die neue Kandidatur angenommen habe. Zugleich will ich durch diese Ansprache dargetun, daß ich nicht gewillt bin, bis in der letzten Zeit über mich verbreiteten Unwahrheiten un widersprechen zu lassen. Eine politische Programmrede will ich also nicht halten, weil ich es nicht für nötig halte. Mein Leben und meine Lebensarbeit folgen Ihnen von meinem Streben und Wollen mehr, als es Worte tun können.

Wenn ich mich nach erster Prüfung entschlossen habe, mich zu einer Wiederwahl zur Verfügung zu stellen, so habe ich es nur getan in dem Gefühl, damit eine vaterländische Pflicht zu erfüllen. Hätte ich mich verjagt, so bestand die Gefahr, daß bei der starken Parteierpitterung, insbesondere der Uneinigkeit der Rechten, im zweiten Wahlgang entweder der Kandidat der radikalen Rechten oder ein solcher der radikalen Linken zum Präsidenten des Deutschen Reiches gewählt würde. Die Wahl eines Parteimannes, der Vertreter einer einseitigen und extremen politischen Anschauung sein und hierbei die Mehrheit des deutschen Volkes gegen sich haben würde, hätte aber unser Vaterland in schwere, nicht absehbare Erschütterungen verlegt. Das zu verhindern, gebot mir meine Pflicht. Ich war mir dabei wohl bewußt, daß diese meine Entscheidung von einem Teil meiner alten Wähler, darunter leider manchem alten Kameraden, mißverstanden und ich deshalb angefeindet werden würde. Aber ich will lieber verkannt und persönlich angegriffen werden, als daß ich lebenden Augen unser Volk, das so viel Schweres in den letzten anderthalb Jahrzehnten getragen hat, in neue innere Kämpfe geraten lasse. Um Deutschland hieron zu bewahren, um ihm eine Zeit der Ruhe zu geben, in der es die für unsere Zukunft so entscheidenden Fragen im Innern und nach außen lösen soll, würde ich mein Amt im Falle meiner Wiederwahl weiterführen.

Gewisse politische Kreise haben meinen Entschluß, wieder zu kandidieren, anders gedeutet. Auch sind Unrichtigkeiten, wenn nicht gar bewusste Lügen über mich im Umlauf. Dagegen wende ich mich nun:

Es ist behauptet worden, ich hätte meine Kandidatur aus den Händen der Linken oder einer schwarzroten Koalition entgegengenommen. Das ist falsch.

Die Kandidatur ist mir aus allen Schichten und allen Kreisen des Deutschen Volkes angetragen worden, sowohl von einem großen Teil meiner alten Wähler, als auch von solchen, die 1925 ihre Stimmen anderen Bewerbern gegeben haben. Die ersten Erluchen an mich wieder zu kandidieren, gingen von Gruppen der Rechten aus. Die dem Vorgehen schlossen sich andere Parteien und Verbände an. Ich selbst habe meine Zustimmung zu meiner Kandidatur erst dann gegeben, nachdem ich mich davon überzeugt hatte, daß — unbeschadet

der Parteizugehörigkeit im einzelnen — in ganz Deutschland weite Schichten den Wunsch haben, daß ich weiter in meinem Amte bleibe. Kandidat einer Partei oder einer Parteigruppe zu sein, hätte ich abgelehnt, ebenso wie ich Bedingungen und Verpflichtungen zurückgemiesen habe. Aber auf überparteilicher Grundlage der Kandidat des deutschen Volkes zu sein und als solcher denen entgegenzutreten, die nur Kandidaten einer Partei sind, das hielt ich für meine vaterländische Pflicht. So werde ich, wenn ich nochmals gewählt werden sollte, nur Gott, meinem Gewissen und dem Vaterlande verpflichtet sein und als Treuhänder des ganzen Deutschen Volkes meines Amtes walten können.

Im Wahlkampf sind aus meiner bisherigen Amtsführung persönliche Angriffe gegen mich gerichtet worden. Ich greife die schwerwiegendsten heraus; das Urteil über das mir zugesagte Unrecht überlasse ich jedem einzelnen:

In erster Linie wird mir die Unterzeichnung des Young-Plans vorgehalten, durch die ich mich in einen offenen Gegensatz zu der sogenannten Nationalen Front gesetzt hätte. Die Unterschrift ist mir mehrmals nicht leicht geworden, aber ich habe sie gegeben in der Überzeugung, daß auch diese Etappe notwendig war, um zu unserer nationalen Freiheit zu gelangen, und ich glaube, ich habe recht gehandelt. Das Rheinland ist frei, die fremden Ausschichtsbehörden sind verschwunden, der Young-Plan mit seinen Voraussetzungen ist durch die tatsächliche Entwicklung bereits überholt.

Ich glaube nicht, daß mir bei allen Schwierigkeiten der außenpolitischen Lage heute so weit wären, wenn ich damals dem Rat, nicht zu unterschreiben, gefolgt wäre.

Ein weiterer Vorwurf, der in der Agitation gegen mich eine Rolle spielt, ist der, daß ich die Roteverordnungen unterschrieben habe. Ich weiß wohl, daß ich durch ihren Erlass dem deutschen Volk schwere Lasten zugemutet und mich der persönlichen Kritik sehr ausgesetzt habe. Wir standen im letzten Sommer vor der Frage, ob wir durch politische Unterwerfung unter das Ausland uns finanzielle Erleichterungen erkauften, oder durch eigene Kraft und schwere Opfer uns als Nation selbst behaupten wollten. Ich habe nicht gezögert, mich für den letzteren Weg zu entscheiden. Da der eigentliche Gesetzgeber, der Reichstag, versagte und nicht imstande war, auf dem normalen Wege der Gesetzgebung die erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung unmittelbarer Gefahren für Wirtschaft, Staatsfinanzen und Währung zu treffen, mußte ich einspringen und im Rahmen der mir durch die Reichsversammlung gegebenen außerordentlichen Befugnisse selbst handeln. Ich habe hierbei an den guten alten militärischen Grundsatz gedacht, daß ein Feldherr in der Wahl der Mittel nicht so schüchtern ist, als das Unterlassen jeglichen Handelns.

Es ist durchaus begrifflich, daß über einzelne der getroffenen Maßnahmen Meinungsverschiedenheiten bestehen und ich habe mich oft nur schwerem Herzen zu einzelnen dieser Roteverordnungen entschließen können. Ich selbst bin der Ansicht, daß manche der Maßnahmen, die in schwieriger, schwer übersehbarer Situation eilig getroffen werden mußten, verbesserungsbedürftig sind.

Ich glaube auch nicht, daß all die Belastungen, die sie enthalten, auf die Dauer aufrechterhalten werden können. Im Gegenteil hoffe ich, daß manche Bestimmungen bald aufgehoben, oder durch andere Regelung ersetzt werden können.

Keiner der Kritiker kann mir zum mindesten das Wort beifügen Vaterlandsliebe und stärksten Willens für Deutschlands Freiheit als

Grundlage meines Wollens abprechen, und selbst die lautesten Krüher im Streit gegen das sogenannte „System“ werden zugeben müssen, daß ich bei diesen schweren Entscheidungen, frei von jeder Bindung, aus eigenster, persönlicher Verantwortung gehandelt habe.

Noch stehen mir mitten im Kampf. Die Entscheidungen auf dem Felde der Außenpolitik stehen noch bevor; wichtige Aufgaben im Innern, insbesondere die Änderung der furchtbaren Arbeitslosigkeit, harren der Lösung. Das große Ziel können wir aber nur erreichen, wenn wir uns zu einer wahren Volksgemeinschaft zusammenfinden.

Ich kann nicht glauben, daß Deutschland in innerem Haß und im Bürgerkrieg versinken soll.

Was es gilt, im Ringen um die Freiheit und Geltung der Deutschen Nation zusammenzustehen. Ich erinnere an den Geist von 1914 und an die Frontgesinnung, die nach dem Ranne trug, und nicht nach dem Stande oder der Partei. Die einst im Kriege die Rot des Vaterlandes alles Trennende aufhob und die Massen des Volkes — gleich, ob sie der Arbeiterschaft, dem Landvolk oder dem Bürgertum angehörten — in gleicher Weise hingebungsoll ihre Pflicht getan haben, so gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß Deutschland sich zu einer neuen Einigkeit im Gedanken an das Vaterland zusammenfindet.

Wer mich nicht wählen will, der unterlasse es. Ebenso werde ich aber niemanden zurückstoßen, der die Einheit des Deutschen Reiches in meiner Person finden will.

Die Verantwortung, die mich aushalten ließ im Kriege, bis ich das Heer in die Heimat zurückgeführt hatte, die Verantwortung, die mir als Reichspräsident alle die entscheidenden Entschlüsse abrang, diese Verantwortung vor meinem Gewissen zwingt mich, auch jetzt auszuhalten und dem Deutschen Volke in Treue zu dienen.

Hierfür meine letzte Kraft herzugeben, habe ich mich erneut zur Verfügung gestellt. Das ist Sinn und Ziel meiner Kandidatur!

Hindenburgs Rede im Rundfunk war politisches Ereignis und menschliches Erlebnis zugleich. Politisches Ereignis war die Flucht des Reichspräsidenten in die Öffentlichkeit vor seinen Freunden von gestern und Feinden von heute, die energische Abwehr der Angriffe von rechts, die Verteidigung der Politik des Young-Plans, die nicht mißzuverstehende Betonung des Standpunkts, daß ein unparteilicher Hüter der Verfassung an die Spitze des Reiches gehörte. Menschliches Erlebnis aber — über mancherlei Klänge der Weltanschauung Brüden schlagend — waren Stil und Tonart dieser Rede. Denn hier sprach ein Mann, der nicht gewohnt ist, aus seinem Herzen eine Wördergrube zu machen, dessen Ja Ja und dessen Nein Nein ist, ein Mann, an dessen Rechtschaffenheit und gutem Willen, dem Volke zu dienen, kein Zweifel sein kann. Herr von Hindenburg ist gewiß in vielen wichtigen Fragen ganz anderer Meinung als wir Sozialdemokraten, aber wenn er ein politischer Gegner ist, so dann doch ein solcher, mit dem man sich auf dem Boden menschlicher Anständigkeit finden kann. Am Sonntag wird das Volk vor der einzigen Frage stehen, ob dieser Mann bleiben, oder ob er durch einen verantwortungslosen Abenteuerer und fanatischen Feind der Verfassung ersetzt werden soll. Hindenburg oder Hitler — für Menschen, die für fünf Pfennige politischen Verstand im Kopfe haben, kann das überhaupt keine Frage sein. Und darum wird Hindenburg gewählt!

### Feuchter Schlamm und feuchte Windeln Duesterberg gegen Goebbels.

In einer Wahlkundgebung in Heidesberg griff der deutschnationale Kandidat Duesterberg seine ehemaligen Harzburger Freunde heftig an. Im Laufe dieser Rede führte er u. a. aus: „Ich habe sozialdemokratischen Industriearbeitererfahrungen aus dem Ruhrgebiet ins Feld geführt und es wäre eine Gemeinheit von mir, wenn ich in aller Öffentlichkeit nicht feststellen wollte, daß diese Männer getreu bis in den Tod ihre Pflicht getan haben! Wir wehren uns mit aller Anstrengung dagegen, daß man diese letzte feste Brücke hüben und drüben in unserm Volk in unwürdigster Weise sich abzdrehen bemüht. Männer, die mit den Waffen vor dem Feind ihre Pflicht getan haben, haben mehr geleistet als alle diejenigen, die nur mit der Tinte und dem Mundwerk heute etwas leisten. Während jene in dem feuchten Schlamm von Dpern lagen, lagen die Kritiker von heute noch in den feuchten Windeln.“

Das ist eine wichtige Feststellung. Noch vor kurzem aber haben die Freunde des Herrn Duesterberg gemeinsame Sache mit den Kritikern von heute aus den feuchten Windeln zum Verleumdung der Sozialdemokratie gemacht — siehe Hugenberg-Presse!

### Nazigraf macht P'eite.

Der ehemalige Nazigaführer von Hessen.

Frankfurt a. M., 10. März. (Eigenbericht.)

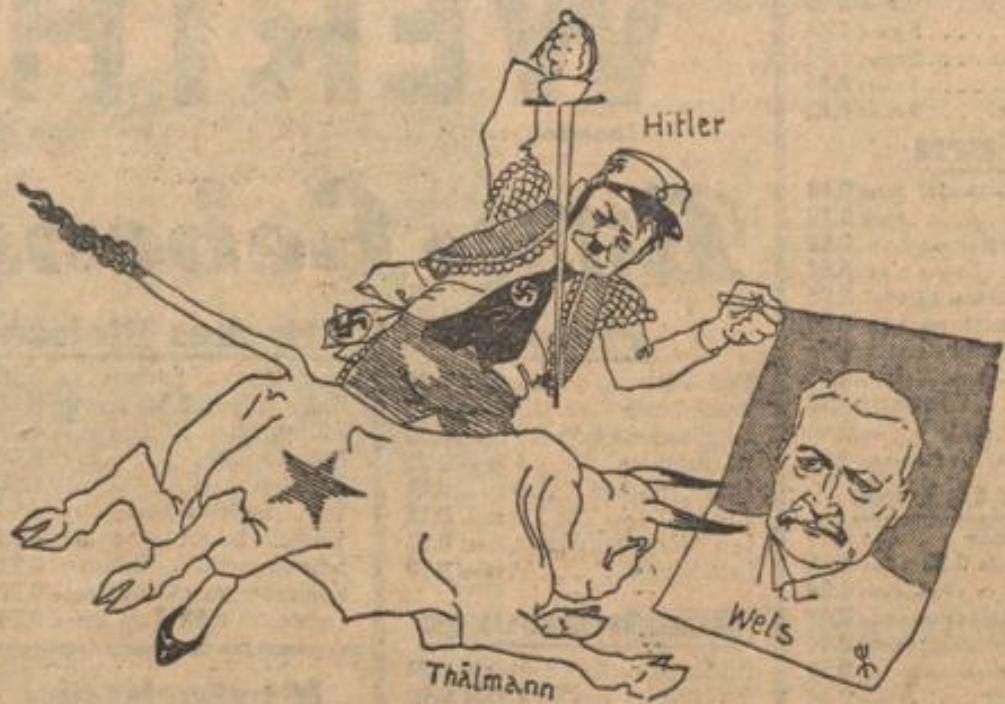
Der nationalsozialistische Abgeordnete des Heiligen Landtags Graf Bernhard Solms-Laubach hat einen für seine Person und Partei gleich peinlichen Schiffbruch erlitten. Die Fülle seiner Schulden hat zur Zahlungs Einstellung und zur Zwangsversteigerung seiner Möbel geführt. Der „Reiter des Mittelstandes“ hat eine größere Anzahl von Meßgern, Bäckern und kleinen Geschäftslenten um größere Beträge geschädigt. Ein namhafter Nazigaführer aus Olfen verurteilte vergeblich, im letzten Augenblick die Auktion zu verhindern mit der Behauptung, daß ihm selbst schon vor längerer Zeit die Möbel des Grafen Solms gegen ein großes Darlehen verpfändet worden seien.

Graf Solms folgt dem Dr. Wagner vom Sozialdemokratischen Hof! Wenn das so weiter geht mit den Privatbankrott der heiligen Nazigaführer, werden den Nazimilchwürmern aus dem Mittelstand bald die Augen aufgehen!

Neutraler Schiedsrichter über Wemel. Der Grenzstreit wird wahrscheinlich nicht durch den Haager Gerichtshof, sondern durch einen neutralen Schiedsrichter entschieden werden. Das Verfahren vor dem internationalen Gerichtshof würde sich zu langwierig gestalten. Die Signaturmächte Frankreich, England, Italien und Spanien haben deshalb als Schiedsrichter den Staatspräsidenten von Finnland oder den König von Schweden in Aussicht genommen.

17 neue Volksschulklassen in Südbahien, zumeist in Elawonien, hat der Unterrichtsminister zu errichten angeordnet.

## Die kommunistische Parole.



„Der Hauptstoß ist gegen Wels zu richten!“ („Rote Fahne“ vom 9. März 1932)

## Völkerbund auf Chinas Seite.

Ein lokaler Resolutionsentwurf. — Japanischer Widerstand.

Genf, 10. März. (Eigenbericht.)

In dem Resolutionsentwurf über den Konflikt im Fernen Osten, der am Freitagvormittag in der Generalkommission für die Vollversammlung vorbereitet werden soll, kann man ein brauchbares Kompromiß der in der Generaldebatte hervorgetretenen Auffassungen sehen. Wie stets hängt auch hier die Wirkung einzig von der Ausführung ab.

Ein prinzipieller Teil des Entwurfs erinnert an die obligatorischen Bestimmungen des Völkerbundsstatutes über die territoriale Unverletzlichkeit der Mitgliedsstaaten und des Zwangs zur friedlichen Regelung von Konflikten. Ferner macht er sich die

### Ungültigkeitserklärung jeder Gewaltentscheidung

zu eigen und versichert, daß es dem Pakt widerspreche, die Regelung des Konflikts mit militärischem Druck eines der Teile zuzulassen. Der praktische Teil des Entwurfs sieht ausdrücklich für den gesamten Konflikt unter Bezugnahme auf die Vermittlungs- und Zwangsmöglichkeiten des Artikels 15 die Einsetzung einer Kommission aus 19 Mitgliedern vor, nämlich dem Präsidenten Symons, den 12 Ratsmitgliedern außer den Parisern und sechs geheim zu wählenden Mitgliedern, welcher Kommissionsvollmacht übertragen wird

1. über die Einstellung der Feindseligkeiten und den Abschluß von Regelungen für den Rückzug der japanischen Truppen aus Schanghai zu berichten,
2. die Ausführung der Ratsbeschlüsse über die Räumung der Mandchurei zu überwachen,
3. die Abkommensentwürfe für die Vollversammlung zur Regelung des gesamten Konflikts vorzubereiten,
4. im Bedarfsfälle die Enderufung des Haager Gerichtshofes vorzuschlagen.

### Stahlhelm spielt Steinach.

Das Blatt mit der übelsten Geschichte soll verjüngt werden.

In den Tagen der Revolution ließ das Blatt der alten Konföderativen, die „Neue Preussische (Kreuz-) Zeitung“ aus ihrem Kopf das Eiserne Kreuz mit der Umschrift „Mit Gott für König und Vaterland“ verschwinden. Es wußte wohl, warum.

Als dann später dank der Verfassung von Weimar die Verhältnisse wieder „ruhiger“ geworden waren, tauchte auch der Hut wieder auf: das Kreuz und die Umschrift kehrten wieder. Diese Wendung hat jedoch niemand mehr beunruhigt. Die alte Dame fristete mühsam ihre Existenz. Man beachtete sie kaum.

Jetzt ist jedoch eine Verjüngungskur unternommen worden. Der Stahlhelm spielt Steinach und hat der „Kreuz-Zeitung“ neue (metallene) Drüsen eingefügt, um sie zu verjüngen und den „Frontsoldaten“ dienlich zu machen. Seit einigen Tagen trägt das Blatt deshalb den Stahlhelm am Kopf, zum Zeichen, daß es jetzt einen neuen Herrn hat.

In einem Rundschreiben an seine Mitglieder teilt der Stahlhelm mit, daß „beide Bundesführer nunmehr persönlich in ein enges Verhältnis zu dem — alten Bismarck — Blatt getreten“ seien.

Das ist von den politisch unbewanderten Stahlhelm-Soldaten eine sehr unvorsichtige Aeußerung. Es war niemand anders als Bismarck, der gegenüber der Verleumdungslust, die von der „Kreuz-Zeitung“ und ihrer Sippe gegen ihn losgelassen wurde, die Flucht in die Öffentlichkeit antrat und in einer berühmten Reichstagsrede so gegen das Blatt loslegte: „Wenn ein Blatt wie die „Kreuz-Zeitung“, die für das Organ

### Städtische Oper.

Die Pürgschaft.

Das (refakto) ausgezeichnete Vibretto von Reber und die klug disponierte, originelle und reizvolle wenn auch nicht immer starke Musik von Weill, ergeben den interessantesten Operabend der Saison, den glanzvollsten Abend der Städtischen Oper. Der schon nach dem ersten Akt außerordentlich stark einsetzende Beifall gilt vor allem der herrlichen Inszenierung Eberts.

5. gegebenenfalls den für die Parteien verbindlichen Schlußbericht aufzulegen,
  6. jede notwendig erscheinende dringende Maßnahme zu ergreifen und
  7. der Vollversammlung einen ersten Bericht (spätestens bis 1. Mai) vorzulegen.
- Die Vollversammlung bleibt in Bereitschaft. Ihr Präsident kann sie zu jedem gewünschten Zeitpunkt zusammenberufen. Wie zu erwarten war, widerlegen sich die Japaner der Erfassung des gesamten Konfliktes wie der bedingungslosen Räumung und dem Ausschluß der direkten Verhandlungen Japans mit China. Auf chinesischer Seite fühlt man sich dagegen befriedigt. Die Ratsmächte und die neutralen Gruppen beurteilen den Entwurf als lokale Erfüllung des Völkerbundsstatutes.

### Japan will keinen Frieden.

Die Schlächtereie geht weiter.

Genf, 10. März. (Eigenbericht.)

Offizielle Telegramme aus China melden neue japanische Bomben auf der Front bei Schanghai und Maschinengewehrfeuer aus Flugzeugen auf die Zivilbevölkerung der Stadt Hangschau.

In einer Entschleunigung der Kuomintang wird der Völkerbundsversammlung offiziell mitgeteilt, daß es im Fernen Osten keinen Frieden gebe, wenn die Verträge nur ein feines Papier sein sollten und wenn gegen Japan keine Sanktionen erfolgten. Beschäftigte man sich nicht sofort mit dieser Frage, dann werde es bald zu spät sein.

Wie die Agentur Indopazifik aus Schanghai meldet, befürchtet man in der Internationalen Konzeption den Ausbruch einer Epidemie, da in der Chinesenstadt und in Tschapei viele Leichen unbeerdigt liegen.

einer weitverbreiteten Partei gibt, sich nicht entschließt, die schändlichen und lächerlichsten Verleumdungen über hochgestellte Männer in die Welt zu bringen, in einer solchen Form, daß sie nach dem Urteil der höchsten juristischen Autoritäten gerichtlich nicht zu fassen ist, aber doch so, daß der, der sie gelesen hat, den Eindruck hat: hier wird den Ministern vorgeworfen, daß sie unredlich gehandelt haben — wenn ein solches Blatt so handelt und in monatelangen Stillstehen verharrt, trotzdem das alles Lügen sind, so ist das eine so christliche Verleumdung, gegen die wir als Front machen sollten, und niemand sollte mit einem Abonnement sich indirekt daran beteiligen!

In seinen „Gedanken und Erinnerungen“, Band 2, sagt Bismarck über die gleiche „Kreuz-Zeitung“:

„Gegen mich begannen die Verleumdungen in dem Blatte, das unter dem christlichen Symbol des Kreuzes und mit dem Motto: „Mit Gott für König und Vaterland“ nicht mehr die konföderative Fraktion und noch weniger das Christentum, vertritt. Als ich über die Giftmischerei dieses Blattes am 9. Februar 1876 in öffentlicher Rede Klage geführt hatte, antwortete mir die Rundgebung der sogenannten Deputierten, deren wissenschaftliches Kontingent aus einigen hundert voranteligen Geisteskranken bestand, die in ihrem amfischen Charakter mir in dieser Form als Widersacher der „Kreuz-Zeitungs“-Fraktionen entgegentraten und ihre Mission als Diener der christlichen Kirche und ihres Friedens dadurch bestätigten, daß sie die Verleumdungen des Blattes öffentlich kontrastierten (gegenzeichneten).“

So urteilte Bismarck über die „Kreuz-Zeitung“. Es ist deshalb wirklich ein gelungenes Stück, daß die neuen Besitzer der alten Dame sie der heutigen Öffentlichkeit als das „bekannte alte Bismarck-Blatt“ vorzustellen wagen. „Bekannt“ schon — aber sonst!

Zum Wsten/et in Moskau teilt die Untersuchungsbehörde mit, der verhaftete Agentenführer Etern habe als Auftragneher einen Waffiljew genannt, der wieder auf Geheiß polnischer Staatsbürger den deutschen Botschafter von Dirksen umbringen lassen wollte, um außenpolitische Wirkung zu erzielen. Waffiljew ist auch verhaftet. Die Verhandlung wird das — Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes führen.

In Kalkutta wurden zwei junge Mohammedaner wegen Beamtenmordes hingerichtet und die Leichen sofort beigesetzt. Nahe dem Friedhof waren 150 Polizisten versammelt. Gegen Mittag ludte sich eine Menschenmenge von 50 000 Köpfen der beiden Seiten zu bemächtigen. Verstärkungen gelang es, die Menge ohne ernsthafte Zwischenfälle zu gestreuen.



# Berlin im Zeichen der Hindenburg-Propaganda.



## Ein Transparent Unter den Linden Ecke Friedrichstr.



Abends fährt ein Scheinwerferwagen durch die Straßen, um in Riesenleuchtschrift den Namen Hindenburg auf die Wolken zu projizieren.

Als Berlin am gestrigen Donnerstag erwachte, wehten über allen wichtigen Plätzen und Straßen der Stadt riesige Transparente; schwarze Schrift auf weißem Grund: „Wählt Hindenburg!“ Bereits am frühen Vormittag waren ganze Scharen von Amateur- und Berufsphotographen unterwegs, um diese seltene Note des Berliner Straßenlebens im Bilde festzuhalten. Sofort bildeten sich auch große Diskussionszirkel, bei denen allerdings fast immer nur recht beschränkte Kirchturnuspolitik getrieben wird. Zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen kommt es bei diesen Diskussionen auf der Straße bekanntlich ja nur selten. Es wirkt sich sehr vorteilhaft aus, daß die Wahltransparente nicht lediglich auf die Berliner Innenstadt verteilt sind, sondern von Wilmersdorf bis nach Schönevide gleichermassen über die Straßen gezogen sind.

Einige Hindenburg-Transparente waren bereits am Mittwochabend angebracht, unter anderem auch in der Nähe des Lustgartens. So passierte es, daß die im Lustgarten demonstrierenden Nationalsozialisten unter dem waltenden Hindenburg-Luch demonstrierten: das herzliche Lachen war natürlich auf Seiten der Linken.

### Narrenbände . . .

Es scheint überhaupt um die Nazis recht kläglich bestellt zu sein. Der ganze Flugband, der seit den Septemberwahlen des Jahres 1930 in die Partei geweht wurde, läßt die Parteimachinerie nur ächzend und stöhnend laufen. Paraden aufzuführen ist kein beson-

deres Kunststück, aber jedes Berliner Vorderhaus, jeden Seitenflügel, jedes Quergebäude, jede Brunnenanlage wie jede Mietstafel mit Flugblättern zu bepflanzen, dazu gehören schon etwas mehr als Papierkolonnen. Und während nun die namenlosen Mitstreiter der Eisernen Front bereits die dritte Flugblattverbreitung über ganz Groß-Berlin in diesem Wahlkampf durchführten, hat es der ganze großspurige Apparat der Nazis noch nicht zu einer einzigen zentralen Flugblattverbreitung gebracht. Die „Septemberlinge“, d. h. die nach den Septemberwahlen 1930 in die NSDAP gekommenen Konjunkturritter, haben vollkommen versagt. An irgendeinem Viertels Brandreden halten, ist auch bequemer, als schweigend treppauf, treppab laufen und durch jede Wohnungstür ein Flugblatt stecken.

Dafür schwingt die S.A. um so eifriger die Kleistertöpfe. Wenn in diesen Töpfen Rehlmeister wäre, ginge manches noch an, aber in Wirklichkeit schmieren die Pinsel dicke rote Anilinfarbe an Bänke und Säune. So gut wie kein Stein ist vor den Hafenkreuzschmierfinken sicher geblieben, allenthalben sieht man schon bei einem flüchtigen Gang durch die Reichshauptstadt die Hafenkreuze und die Aufschriften Gerichtskorridore, Eingänge von Amtsgebäuden, Haustüren, Fabrikgebäuden, alles ist beschmiert, und den ganzen Tag hatten gestern Angestellte und Arbeiter zu tun, um mit Säuren und Chemikalien die blutrünstigen Aufschriften wieder zu beseitigen. Tausend- und aber tausendmal hat sich das alte Sprichwort in Berlin erfüllt, daß Narrenbände nur Tisch und Bänke beschmiereten.

dem Aufseher geblieben. Jetzt kam er mir nachgelaufen und piff gellend. Das Geheul seiner Pfeife hallte im ganzen Korridor wider.

Im Augenblick waren Duzende von Aufsehern zur Stelle, gleich danach der Inspektor vom Dienst. Der verprügelte Aufseher fuchtelte mit seinem kloßigen Dienstrevolver. Er schrie:

„Er hat mich angefallen! Angefallen hat er mich! Wollte mich umbringen!“

Der Inspektor begriff nicht, was los war. Er schrie: „Angefallen? Im Korridor? Wie? Was heißt das?“ „Er hat mich aus der Zelle geholt! Dann hat er mich mit dem Schlüsselbund über den Kopf gehauen, und da habe ich zurückgeschlagen.“

Voller Furcht vor neuen Mißhandlungen, in eine Ecke gepreßt, umdrängt von einer Horde bewaffneter und erbitterter Leute, in der Erkenntnis, daß meine Lage hoffnungslos war, stieß ich sinnlose Drohungen aus:

„Ich lasse mir die Hauerer nicht gefallen! Ich werde mich beschweren! Euch soll es noch an den Kragen gehen! Ich will zum Staatsanwalt! Jawohl, zum Staatsanwalt!“

Der Inspektor näherte sich mir. Ich wich zurück, mußte aber haltmachen, als ich die Wand erreicht hatte. Und in diesem Augenblick bekam ich einen Faustschlag gegen den Schädel oberhalb des Ohrs. Es dröhnte mir in den Ohren, vor meinen Augen kreisten abermals Feurringe, von denen kleinen Sternensinken abprühten. Für eine Sekunde stand ich wie erstarrt und erhielt sofort von der anderen Seite her einen zweiten Schlag. Ich griff mit beiden Händen an meinen Kopf, blitzschnell slog mir zusammengedrängt alles, was ich von Kurst hatte erzählen hören, durch den Sinn. Ich begriff, daß ich verloren war, und in meiner Verzweiflung stürzte ich mit den Fäusten auf den Inspektor. Aber da hatten mich auch schon Duzende von Händen gepackt, die mich gleich darauf über den Boden schleiften.

Sie schleiften mich den Korridor hinunter, dann über einige Treppen und warfen mich schließlich in ein dunkles Behältnis. Ich sprang auf, aber ein Tritt in den Rücken warf mich wieder zu Boden. Der Fußtritt stammte vom Inspektor. Offenbar fürchtete er, es könnte ihm ebenso ergehen wie dem Aufseher, und darum traute er sich nicht zu nahe an mich heran. Ich wandte mich sofort gegen ihn und versuchte aufzuspringen, aber da fiel schon die ganze Horde über mich her und begann auf mich einzuschlagen.

Ich wälzte mich, wie ich mich erinnere, so auf dem Boden

### Alles wetter . . .

Jetzt trennen uns noch knapp 48 Stunden von dem Wahltag. Und man kann im Autobus fahren, in eine Volkswirtschaft gehen — vom Haus und von der Werkstatte gar nicht zu reden —, überall gibt es nur ein Thema: die Reichspräsidentenwahl. Wer bisher annahm, das Wetten um jeden Preis wäre eine angelsächsisch-südeuropäische Sitte, hat sich schwer geirrt. Wenn es einen Buchmacher für alle in Berlin abgeschlossenen Wahlwetten gäbe, der Mann wäre bereits Millionär. Bisweilen ist es sogar omniaf, sich die schmerzhaftesten Rechnungen mit anzuhören. Die Mentalität weiter Balkenkreise, die sonst in ruhigeren Zeiten nur wenig vom politischen Leben erfasst werden, ist eben mehr oder weniger unberechenbar: ist es nicht grotesk, daß der Mann der roten Tausendmarktscheine sich die erforderlichen 35 000 Unterschriften für seinen überflüssigen Wahlvorschlagn allein aus Hamburg und München holte?

Ein paar Fanatiker halten jede Weite auf ihren radikalen Kandidaten. Aber sie stehen vereinzelt. Berlin wird Hitler schlagen und Hindenburg wählen. Nach den letzten späten Heimkehrer mahnt die Lichtklatte vom Dachfirst: Wahl! Hindenburg!

## Gasolin-Schiff brennt!

Diebig Mann in höchster Gefahr.

Manila, 10. März.

Das Frachtschiff „Kalamarn“, das mit einer Ladung Gasolin unterwegs ist, hat durch Rotfahnen mitgeteilt, daß an Bord Feuer ausgebrochen sei. Ein amerikanischer Zerstörer ist deswegen sofort zur Hilfeleistung ausgelaufen. Das Frachtschiff, das sich zwischen Singapur und Hongkong befindet, soll 40 Mann an Bord haben.

## Autounglück in Berlin SO.

Lieferauto gegen Droschke. — Vier Verletzte.

Am der Strohkreuzung Michailkirchplatz und Kaiser-Franz-Grenadier-Platz ereignete sich in den gestrigen Abendstunden ein folgenschwerer Autounfall, bei dem vier Personen erheblich verletzt wurden.

Gegen 19 Uhr stieß an der bezeichneten Stelle ein Lieferauto mit einer Autodroschke heftig zusammen. Beide Fahrzeuge wurden schwer beschädigt. Der Führer des Lieferautos, ein 48 Jahre alter Albert Czeri aus der Schönleinstrasse sowie der Führer der Droschke, ein 35jähriger Benjamin Schwardtger aus der Halleische Str. 8, wurden erheblich verletzt. Außerdem trug der Fahrgast der Autodroschke, eine 35 Jahre alte Frau Anna Lemke aus der Schleiermacherstr. 6 und ein Fußgänger, der 72 Jahre alte Julius Hoffmann, der von einem beiseite geschleuderten Wagen erfasst wurde, schwere Verletzungen davon. Die Verunglückten wurden durch die Feuerwehr in das Bethanien-Krankenhaus gebracht. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

## Umhängeplakate abholen!

Soweit die Umhängeplakate und Rejultatzetteln noch nicht abgeholt sind, müssen sie heute vom Bezirkssekretariat abgeholt werden, da aus technischen Gründen eine Zustellung in die Vorwärts-Expeditionen nicht möglich war.



Aus dem Russischen übertragen von Werner Borgengruen.

„Bringt mal den Lokus hier ein bißchen in Ordnung! Aber anständig! Sonst kriechen uns hier nächstens die Würmer herum!“

„Das tue ich nicht. Das bringe ich nicht fertig.“ Die übrigen hatten anfänglich nichts gesagt; dann trat einer von ihnen vor und bat um Arbeitszeug: Schaufeln, Besen, Aufwischlumpen.

„Und wozu hast du deine Flossen? Kannst ruhig mit den Händen zufassen, bist kein gnädiger Herr. Los, hopp, wenn du nicht was in die Presse haben willst.“

Er wollte uns hineinschubsen. Dabei knuffte er mich mit der Faust in den Rücken.

„Kannst du nicht hören? Los! Wenn du schon so gebildet sein willst, mach mal den Lokus sauber! Du mit deiner Bildung!“

„Ich tue es nicht! Scher dich zum Teufel! Untersteh dich nicht, mich noch einmal zu stoßen, du Schänder!“

Der Aufseher schlug mich mit seinem schweren Schlüsselbund über den Kopf. Vor Schmerz und Jorn sah ich bunte Ringe vor meinen Augen flimmern. Ich verliere vor Wut die Besinnung. Ich fühle, daß mir meine Selbstbeherrschung entgleitet. Ich begreife mit dem letzten Ueberbleibsel meines verdüsterten Verstandes, daß die eigenen, schon fast ganz über-rumpelten Hemmungen mich verderben können. Und ich schlage dem Aufseher die Faust aus aller Kraft gegen die Augen. Ich will ihn nicht erst zur Besinnung kommen, ich fühle instinktiv, daß er nach dem Revolver greifen will, ich stoße ihm meinen Kopf unter das Kinn und zugleich meinen Fuß gegen den Unterleib. Er krümmt sich vor Schmerz und faßt mit beiden Händen nach seinem Bauch.

Ich rannte den Korridor hinunter und machte vor unserer Zellentür halt. Meine beiden Kameraden waren bei

herum, daß die Schläge Rücken und Beine trafen, und versuchte mein Gesicht zu decken, weil ich mich vor einer dauernden Entstellung fürchtete. Die vertierten Aufseher bearbeiteten mich mit Fäusten, Stiefeln, Säbelscheiden. Ich rollte mich zu einem Knäuel zusammen, stieß plötzlich aus aller Kraft Arme und Beine von mir und traf jemandes Bein mit solcher Gewalt, daß er zu Boden fiel. Ich hörte noch, wie der Inspektor von weitem rief:

„Schluß, es reicht!“

Aber jemand langte mir zum Abschied noch eins über den Schädel, — ob es ein Faustschlag war oder ein Tritt mit dem Stiefelabsatz, weiß ich nicht. Im Kopf rollte und bullerte es mir, noch einen Augenblick, dann wurde es dunkel. Ich verlor das Bewußtsein.

Ich erwachte im Finstern von einem fürchterlichen Schmerz im Rücken. Ich lag auf dem kalten Fußboden. Zurechtfinden konnte ich mich nicht, jede Bewegung rief maßlose Schmerzen hervor. Die Kälte des Bodens war unerträglich, und ich konnte einfach nicht mehr liegen bleiben. Aber an ein Aufstehen war ebensowenig zu denken. Mit großer Mühe und unter qualenden Schmerzen gelang es mir schließlich, mich ein wenig aufzusetzen. Mein Kopf war bedeckt mit Beulen und geronnenem Blut; es war unmöglich, ihn auch nur zu berühren. Die Nase war verschwollen und klebrig von eingetrocknetem Blut, die Unterlippe zerbißen, geplatzt, aufgeschwollen. Die geringste mühsam zustande gebrachte Bewegung ließ mich Uebelkeit im Magen und ein Gefühl der Kälte in der Herzgegend empfinden. Mit Aufgebot meiner letzten Kräfte kroch ich zur Wand und an der Wand entlang in die Ecke. Dann brach ich Halle.

Ich kroch wieder in die Zellenmitte zurück. Die Kraft verließ mich, ich fiel um und verlor abermals das Bewußtsein. So verdrachte ich den ersten Tag im Kurster Gefängnis. Aber es dauerte lange, bis er herum war. Und woran sollte ich denn merken, wann der Tag zu Ende war und die Nacht anfang?

Hier hatte die Nacht vierundzwanzig Stunden. Ich erwachte und wußte ebensowenig wie bei meinem ersten Erwachen, wo ich mich befand und was mit mir geschah. Die brennenden Schmerzen am ganzen Körper, besonders im Rücken, die dumpfe Schwere im Kopf, die abgestorbenen Hände und Füße, — das alles war eine Tortur. Ich hatte schrecklichen Durst, ich empfand Trockenheit im Mund und im Halse, Brennen und Sieden im Schädel.

(Fortsetzung folgt.)

# Der Schmiergelderprozeß.

Zolle Korruption im Potsdamer Bauamt.

In der gestrigen Verhandlung des Bestechungsprozesses vor dem Schöffengericht Potsdam äußerten sich nach der Vernehmung des angeklagten Stadtbauinspektors Rauh die mitangeklagten Inhaber der Baufirma Emil Billie zu dem Vorwurf der aktiven Bestechung.

Der Baumeister Herbert Billie bezeichnete Rauh als einen sympathischen Menschen, mit dem er politisch harmonisierte und der als Fachmann stets vorrätig gewesen sei. Deswegen habe er sich auch nie gegen seine Pumpversuche gewehrt. Da er stets gern allen Mitmenschen geholfen habe, hätte er Rauh auch dann Darlehen gegeben, wenn er nicht Beamter gewesen wäre. Daß die Darlehen zurückgezahlt werden sollten, ginge schon daraus hervor, daß er schließlich eine Klage gegen Rauh eingereicht habe. Der Vorsitzende hielt ihm aus den Büchern der Firma vor, daß auf dem Unterkonten eine ganze Reihe von Zahlungen an Rauh eingetragen war, von der einzelne ausdrücklich als Schmiergelder bezeichnet waren. Im Vorverfahren hatte Billie auch angegeben, daß solche Geschenke und Gefälligkeiten „in seiner Branche gang und gäbe“ wären und daß er im Laufe von zwei Jahren 20000 bis 30000 Mark für solche Zwecke ausgegeben habe. Western bestritt er diese Darstellung und meinte, daß er damit nicht Bestechungsgelder gemeint habe. Der Nebenkläger, ein Vorstandsmitglied des Vereins gegen das Bestechungswesen, fragte den Angeklagten, ob er gehört hätte, daß auch andere Firmen an Rauh Geld gaben, so daß er aus diesem Grunde ihm die Darlehen nicht verweigern wollte. Der Angeklagte erwiderte, daß er davon nichts gehört habe und daß er das Geld nur gegeben habe, da Rauh ihm seine Kollage so eindringlich geschilbert habe. In diesem Sinne äußerte sich auch der Diplomingenieur Werner Billie, der Rauh veranlaßt hatte, einen Schuldschein über 1650 R. auszustellen, obwohl Rauh nach seiner eigenen Angabe etwa 6000 R. von der Firma erhalten hatte, so daß ihm die Differenz bei der Unterzeichnung des Schuldscheins geschenkt wurde. Die Verhandlung mündete sich dann den Einzelheiten bei der Vergebung und Durchführung der von der Firma Billie übertragenen Bauarbeiten bei dem städtischen Wasserwerk Eichs zu.

# Furchtbares Unwetter im Elsaß.

In Straßburg 1000 Fernsprecherverbindungen gestört.

Paris, 10. März.

Der Schnee- und Regenschauer, der seit über 24 Stunden die Gegend von Straßburg heimsucht, hat einen großen Teil der Fernsprech- und Telegraphenverbindungen zerstört. Der Telegraphendienst war am Mittwoch vollkommen unterbrochen, so daß die Telegramme mit der Eisenbahn nach Paris befördert werden mußten. Auch am Donnerstag sind die Verbindungen innerhalb der Provinz noch unterbrochen. Wägen in Straßburg sind mehr als 1000 Fernsprecherverbindungen gestört. Seit vierzehn Jahren ist im Elsaß ein Unwetter mit solchen Auswirkungen nicht mehr beobachtet worden.

Schneestürme, wie man sie selten erlebt hat, werden aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika gemeldet. Am stärksten wurden die Staaten Wisconsin, Michigan und Minnesota heimgesucht. In der Küste des Atlantischen Ozeans herrschen schwere Stürme.

# Potsdams Appell.

Ueberaus andrucksvoll gestaltete sich eine Kundgebung der Potsdamer Eisernen Front. Im überfüllten Saale des Gesellschaftshauses Alter Fritz sprach, oft von stürmischem Beifall unterbrochen, der Reichstagsabgeordnete Kurt Heinig vor rund 1200 Potsdamern. Die Tatsache, daß Prinz Rumi, ein würdiger Hohenzollernsprößling, vor den Potsdamer Nazis sprechen wird, gab dem Referenten Gelegenheit, dem Hohenzollernhause mit samt seiner Hofgesellschaft einige für sie bestimmt unangenehme Wahrheiten zu sagen. Die Hofgesellschaft, die erst dieser Tage Frau Goebbels im Hotel Eplanade empfing, erwartet von den Nazis eine erneute Einsetzung in ihre „wohlerworbenen Rechte“. Die Hofgesellschaft wird einem eventuellen Adolf L. ebenso dienen wie

# Berlins Straßenreinigung.

„Beiträge“ werden zu „Gebühren“. — Ersparnisse im Haushalt.

Das Stadtparlament verabschiedete gestern nach einer kurzen Rede des Stadtkämmerers die wichtige Vorlage über die Straßenreinigungsgebühren. Seit langer Zeit erlebte man es, daß die Tribünen des Hauses während der Sitzung große Lücken aufwiesen. Berlin ist im Wahlsieber, alles hat an Interesse gegenüber der einen Frage verloren: Wer scheidet am 13. März? Wie sagen: Hindenburg!

Die Frage der Neuregelung der

## Beiträge für die Straßenreinigung

spielte in den Beratungen der gestern abgehaltenen Stadiverordnetenversammlung eine hervorragende Rolle. Es handelte sich um die Umwandlung der bisher erhobenen „Beiträge“ zur Straßenreinigung in „Gebühren“. Die Hausbesitzer trugen 75 Proz., der Magistrat 25 Proz. der Beiträge. Die Erhebung machte große Schwierigkeiten, da den Hausbesitzern ein Einspruchsrecht gegen die Veranlagungen zustand. Wie Stadtkämmerer (Soz.) als Berichterstatter des Haushaltsausschusses, in dem die Vorlage vorberaten wurde, mitteilte, stehen seit Jahren über sechs Millionen Mark aus — ein Betrag, den der Kämmerer dringend braucht. Nach der Vorlage will der Magistrat die auf seinen Teil entfallenden 25 Proz. einsparen, und zwar durch die (auch ohne die Vorlage vorgesehenen) Vereinfachungen bei der Reinigung und die nach der Rotverordnung vorgenommene Senkung der Böhne- und Gehälter. Für die Hausbesitzer tritt also keine neue Belastung ein, die Mieten brauchen also nicht erhöht werden, wie von den Hausbesitzern schon beabsichtigt ist.

## Kämmerer Genosse Ash

zerstreute die Bedenken, daß die neuen Gebühren sehr hoch geschraubt werden würden, weil die Stadt an der Ausführung nicht mehr anteilmäßig beteiligt ist. Die Stadt und die städtischen Gesellschaften hätten für sehr viele Häuser und Grundstücke auch Straßenreinigungsgeldern zu zahlen, so selbst sei also durchaus interessiert. Die beabsichtigte Befreiung der Stadt von ihrem Anteil bringe eine Ersparnis von etwa 4 Millionen Mark. Gegenüber den Einwendungen anderer Redner betonte der Stadtkämmerer, daß die Vorlage, im Rahmen des Gesamtertrags eingebracht, sicherlich im Hause glatt passiert wäre und, daß sich im Gegenteil alle Parteien

angesichts der ersparnenden Zahlen, die der neue Etat bringen werde,

über jede Ersparnis freuen würden. Auf keinen Fall dürften die Einschränkungen bei der Straßenreinigung mit der Vorlage in Verbindung gebracht werden. Sie wären in Anbetracht der wirtschaftlichen Kollage auf jeden Fall nötig geworden, bestimmt wären sie

Das Bezirkssekretariat wird heute Freitag bereits um 4 Uhr wegen der Demonstration geschlossen. Das Bezirkssekretariat.

Wilhelm Cz. Potsdam ist ein Begriff, der Begriff des preußischen Militarismus. Die Potsdamer Republikaner führen einen schweren Kampf, sie haben aber den Siegeswillen und werden dafür sorgen, daß der Begriff Potsdam endgültig der Vergangenheit angehört.

Die Nazis konnten sich nicht verkneifen, vor und nach der Kundgebung die Versammlungsteilnehmer auf den Straßen anzupöbeln. Starke Polizeistreifen sicherten die Straßen.

Eine Versammlung der Eisernen Front in den Pharuslösen in Berlin mußte wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen werden. Referent Genosse Wischler machte der Versammlung klar, daß es in Deutschland nicht wie in Italien kommen dürfe. Am Sonntag müsse Hindenburg und nicht Hitler zum Siege verholfen werden. Die Rote Rotte erntete für ihre satirischen Auführungen stürmischen Beifall.

größer, wenn die Stadt von ihrem Anteil nicht befreit würde. Die Vorlage sei ein großer verwaltungstechnischer Fortschritt.

## Genosse Coewig:

Rechtliche Bedenken gegen die Vorlage bestehen nicht, es wird auch niemand höher belastet; beseitigt aber muß das Unrecht werden, daß ein erheblicher Teil der Hausbesitzer die bisher zu zahlenden Beiträge wohl von den Mietern einstufierte, infolge ihrer nicht erlaubten Einsprüche aber nicht an die Stadt abführte. Nicht 6 Millionen, wie der Berichterstatter mitteilte, sondern 10 und mehr Millionen Mark kann die Stadt kaum noch eintreiben. Noch ein anderes, wichtiges Argument spricht für die Vorlage: Wird die Stadt nicht von ihren Beiträgen entlastet, wird sie Arbeiterentlohnungen bei der Straßenreinigung vornehmen müssen. Wer das also vermeiden will, muß der Vorlage zustimmen.

Unter Abwägung aller Abänderungsanträge wurde die Vorlage in namentlicher Abstimmung, die die Deutschnationalen zum Vergräßen der Einwohner verlangten, mit 106 gegen 86 Stimmen angenommen.

In den Abänderungsanträgen waren auch die Kommunisten beteiligt, die dieses Mal wieder, wie in der Sitzung vor einer Woche, die Befürworter von Billengrundstücken schonen wollten! Sie beantragten, Besitzer von Grundstücken, die nicht mehr als 1000 Quadratmeter groß sind, 100 Quadratmeter bebauter Fläche haben und nicht über 3000 Mark Einkommen haben, von der Zahlung der Gebühren für die Straßenreinigung zu befreien. Ein Grundstück in der angegebenen Größe ist ein nicht zu verachtender Besitz, 100 Quadratmeter bebauter Fläche bedeuten eine Villa von etwa 4 bis 5 Zimmern in jeder Etage; das Ganze hat einen Wert von 25000 bis 30000 Mark. Diesen Besitzern wollen die Kommunisten also die Straßenreinigungsgeldern erlassen;

die Mieter in den Mietshäusern und Mietkasernen aber müssen in ihrer Miete die Straßenreinigung schon immer und nach dem Willen der Kommunisten auch in der Zukunft mitbezahlen!

So ein Unfuss wird von kommunistischen „Sachverständigen“ verursacht und von der Gesamtfraktion gedeckt.

In den Haushaltsausschuss zurückverwiesen wurden die Anträge der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei wegen der Herabsetzung der Reichsbiersteuer und der Gemeindefachsteuer, von den Fraktionen eingebracht anlässlich des Bierstreiks der Gastwirte. — Die Einführung einer Wohnungsluxussteuer hatten die Kommunisten in einem Antrag verlangt. Gestern kam er zur Verhandlung, die Abstimmung wurde, wie auch zu vielen anderen Punkten der Tagesordnung, verlagert. Genosse Coewig erklärte dazu, daß die Sozialdemokraten die ersten gewesen seien, die eine solche Steuer beantragt hätten. Was die Kommunisten jetzt machen, entspringt ihrem finstlichen Nachahmungstrieb. Da nach den Normatbestimmungen der preußischen Regierung jede Familie Anspruch auf eine Wohnung hat, die ein Zimmer mehr zählt, als die Familie Köpfe, so müsse erst einmal Klarheit über den Begriff „Wohnungsluxus“ geschaffen werden. Wenn die Kommunisten damit einverstanden seien, daß der Magistrat beauftragt wird, hier erst einmal Klarheit zu schaffen, so würden die Sozialdemokraten dem Antrag zustimmen.

# Naziüberfall auf Reichsbanner.

100 Festnahmen in der Nacht.

Je näher der Wahltermin heranrückt, um so eifriger sind die Mal- und Schmierkolonnen, die nächtlicherweise durch die Straßen Verlas ziehen und Bürgersteige sowie Häuserfronten mit Wahlsparolen bedecken. Von der Berliner Schutzpolizei ist für die Nachtstunden ein bedeutend verstärkter Streifendienst eingerichtet worden, der die Tätigkeit der Mal- und Schmierkolonnen unterbinden und Zusammenstöße zwischen politischen Gegnern verhindern soll.

Im großen und ganzen ist die Nacht zum Donnerstag, in der überall eine gesteigerte Propaganda vornehmlich der radikalen Parteien beobachtet werden konnte, dank der Wachsamkeit der Polizei ruhig verlaufen. An der Eke Fichte- und Urbanstraße fiel ein Nazitrupp über mehrere Reichsbannerleute her. Die Polizei nahm 10 an dem Handgemenge Beteiligte fest. Insgesamt wurden 98 Personen festgenommen und der Politischen Polizei des Polizeipräsidiums zugeführt.

Kommunale Pflege der Leibesübungen im Rotjahr 1932. Im Rahmen einer Veranstaltung des „Freien Lehrersportvereins“ spricht am Sonnabend, dem 12. März, 1932, um 18 Uhr, in der Hochschulbrauerei, Seestraße, Stadtkämmerer Genosse Rydahl über das Thema „Kommunale Pflege der Leibesübungen im Rotjahr 1932“. Gäste herzlich willkommen.

Ausstellung der weltlichen Schule in der Pankestraße. Die 244. (weltliche Schule) in Berlin N., Panke, Ecke Wiesenstraße, veranstaltet am 10., 11. und 12. März von 18 bis 21 Uhr eine umfangreiche Ausstellung von Werkerbeiten, Zeichnungen und Handarbeiten, um der Öffentlichkeit eine Uebersicht über die Ergebnisse moderner Unterrichtsarbeit zu geben. Alle Freunde der Schule sind herzlich zum Besuch der Ausstellung eingeladen.

Wetterausichten für Berlin. Mäßig, zeitweise aufhellend, nur noch unbedeutende Schneefälle, schwache nordöstliche Winde. — Für Deutschland, im Westen vielfach aufhellend, auch in Mitteldeutschland zeitweise Bewölkungsabnahme, nur im Osten noch einzelne Schneefälle, Temperaturen wenig verändert, schwache Luftbewegung.

# Heraus zum Aufmarsch der Eisernen Front!

Heute 17 1/2 Uhr: Lustgarten • Genosse Aufhäuser spricht.

## AUFMARSCHPLAN

Stadtbezirke Wedding, Mitte, Reinickendorf und die in diesen Bezirken liegenden Betriebe: An treten: 16,30 Uhr Grenzstraße (Humboldtthain), Spitze des Zuges Brunnenstraße. Marsch durch: Brunnen-, Eisasser-, Artilleriestraße, Am Kupfergraben, Museumstraße, Lustgarten.

Stadtbezirke Prenzlauer Berg, Pankow, Weißensee und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe: An treten: 16,30 Uhr Danziger Straße (Mittelpromenade), Spitze des Zuges Weißburger Straße. Marsch durch: Weißburger Straße, Schönhauser Allee, Dragoner-, Roch-, Neue Friedrich-, Museumstraße, Lustgarten.

Stadtbezirke Friedrichshain, Lichtenberg, Treptow, Köpenick und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe: An treten: 16,30 Uhr Küstriner Platz, Spitze Paul-Singer-Straße. Marsch durch: Paul-Singer-, Blumen-, Schickler-Kloster-, Kaiser-Wilhelm-Straße, Lustgarten.

Stadtbezirke Kreuzberg, Neukölln und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe: An treten: 16,30 Uhr Fontane-Promenade, Spitze Urbanstraße. Marsch durch: Urban-, Baerwald-, Prinzen-, Dresdener-, Neue Roß-, Roß-, Breite Straße, Schloßplatz, Lustgarten.

Stadtbezirke Tempelhof, Schöneberg, Zehlendorf, Wilmersdorf, Steglitz und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe: An treten: 16,30 Uhr Hornstraße, Spitze des Zuges Yorckstraße. Marsch durch: Yorck-, Gneisenau-, Mittenwälder-, Brachvogel-, Alexandrinen-, Dresdener Straße und weiter wie Zug Fontane-Promenade.

Stadtbezirke Charlottenburg, Tiergarten, Spandau und alle in diesen Bezirken liegenden Betriebe: An treten: 16,30 Uhr Kleiner Tiergarten, Spitze des Zuges Stromstraße. Marsch durch: Alt-Moabit, Invalidenstraße, Hessische Straße, Hannoverstraße, Eisasser Straße und weiter wie Zug Grenzstraße.

## Kampfleitung Berlin der Eisernen Front

# Sie trinken billiger und besser

- 1930 Ensheimer Rheinwein . . . . . 0.55
- 1928 Kaiserstühler . . . . . 0.65
- 1930 Laubenheimer Berg . . . . . 0.80
- 1929 Liebfraumlilch . . . . . 1.15
- 1930 Mesenicher Berg . . . . . 0.70
- 1929 Nitteler Leichterhan . . . . . 0.98
- 1930 Ingelheimer Rotwein . . . . . 0.69
- 1930 Dürkheimer Feuerberg . . . . . 0.80

- Wermut „Corso“ . . . . . 0.98
- Der Wein für Magen und Nerven
- Malaga golden . . . . . 1.30
- Tarragona . . . . . ganzer Liter 1.15

- Apfelwein . . . . . 0.30
- Cyder . . . . . 0.50
- Johannisbeerwein . . . . . 0.60
- Erdbeerwein . . . . . 0.85

- Richtenberger . . . . . 2.60
- Weinbrand-Verschnitt . . . . . 2.75
- Echter Weinbrand . . . . . 3.50
- Jamaika-Rum-Verschnitt . . . . . 3.40
- Echter Getreidekorn . . . . . 3.60
- Berliner Kümmel . . . . . 2.85
- Sary-Wojak, Poln. Reiterlikör . . . . . 3.90
- Sämtliche Preise exklusive Glas

beim Einkauf in  
**600 Meyer-Filialen**

## Fünf Wege für einen Schein.

Noch einmal: Siedler und Reichsbahn.

Ein „Vorwärts“-Leser schreibt uns:

Die Notiz des „Vorwärts“ „Die Reichsbahn gegen die Siedler“ vom 6. März 1932 läßt es geraten erscheinen, einmal ausführlich über die Schwierigkeiten zu sprechen, welche jeder Siedler überwinden muß, ehe er in den Besitz einer „Bescheinigung zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung für Kleingärtner“ kommt. Ohne diese Bescheinigungen gibt es keine Siedlerarten am Schalter. Mäherlich müssen diese Bescheinigungen erneuert werden und kosten jetzt pro Stück 50 Pf. Will nun der Siedler für sich und seine Angehörigen Bescheinigungen beschaffen, bedarf es der Ausfüllung eines vorgebrachten Antragsformulars. Da dieses Formular aber von zwei verschiedenen Stellen beglaubigt und gestempelt werden muß, kostet der Berechtigungsschein 1,50 M. — genau sogar 1,52 M. — für den Siedler selbst, und nur die weiteren Scheine für seine unmittelbaren Familienangehörigen kosten nur 50 Pf. das Stück. Zur Erlangung des Scheins sind meist fünf Wege erforderlich. Jedes Jahr wiederholt sich daselbe Spiel auch für denjenigen, in dessen Verhältnissen nicht die kleinste Veränderung eingetreten ist.

Die Wege sehen so aus: 1. Der Siedler holt sich für 2 Pf. auf einem Bahnhof ein Antragsformular und füllt es aus. 2. Der Siedler läßt sich von dem für seine Wohnung zuständigen Polizeirevier auf dem ausgefüllten Antragsformular bestätigen, daß die Angaben stimmen. Kostet 50 Pf. und wird mit einer Stempelmarke und zwei Stempelabdrücken veranfert. 3. Der Siedler fährt zum Gemeindevorstand oder dem Polizeirevier des Ortes bzw. Bezirks, in dem er sein Besitztum oder Pachtland hat. Dort legt er seinen Kauf- oder Pachtvertrag oder die Quittung über bezahlte Grundbesitzsteuer vor und wird mit erneut unterschriebenem und unterstempeltem Antragsformular wieder entlassen — natürlich nicht ohne 50 Pf. zu zahlen. 4. Der Siedler geht nun mit seinem Antragsformular, versehen mit zwei Stempelmarken und meist vier Unterschriften, zum Bahnhof, aber nicht etwa zum nächstgelegenen, von dem er später fahren will, sondern zum „zuständigen“ Bahnhof der Strecke und gibt es mit den notwendigen Photos, und sovielmal 50 Pf., als Familienmitglieder in Frage kommen, ab. 5. Der Siedler holt an dem festgesetzten Tage, der ihm bei der Abgabe gelagt wird, seine Berechtigungsscheine ab.

Soweit die Zustände unseres Lesers. Man muß schon sagen, komplizierter konnte die Sache nicht gemacht werden. Es muß möglich sein, hier zu einer Vereinfachung zu kommen, die nicht nur im Interesse der Siedler, sondern auch im eigensten Interesse der Reichsbahn liegen würde.

## Die Lichtenberger Eisenbahnräuber.

Vor dem Erweiterten Schöffengericht Lichtenberg hatte sich die neuntöpfige Bande zu verantworten, die im vergangenen Jahre unzählige Diebstähle an fahrenden Güterzügen bei Friedrichshagen verübt hatte. Die Angeklagten waren geständig, im ganzen 20 der ihnen zur Last gelegten Raubzüge unternommen zu haben, während sie an den restlichen 25 unbeteiligt gewesen sein wollten. Das Gericht verurteilte fünf Angeklagte zu Zuchthausstrafen von vier Jahren bis zu einem Jahr neun Monaten. Drei Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von drei Jahren bis zu einem Jahr zwei Monaten.

## Wo die Sorge wohnt . . .

Es gibt Häuser in Berlin — und ihre Zahl wächst ins Bodenlosliche — wo der Wohlfahrtspfleger ein und aus geht, wie etwa der Briefträger; das heißt, er hat da nicht eine oder die andere Familie aufzuzuchen, nein, das ganze Haus zählt zu seinen Kunden. Vom Boden bis zum Keller wohnen dicht bei dicht die Menschen, im Vorder-, Hinterhaus und Seitenflügel sind es ihrer insgesamt etwa 50 Mietparteien, dazu Kinder und Schlafburschen. Alle wollen sie Nahrung, Kleidung und Arbeit, mit anderen Worten: alle wollen sie leben! Weil es aber eben keine Arbeit gibt und dies bei den meisten schon seit Jahren, sind sie Wohlfahrtsempfänger, das heißt Ausgesteuerte, vom Produktionsprozeß Ausgestoßene.

### Not füt Unfrieden.

Die Trabanten der Not sind Unzufriedenheit, Uneinigkeit und Verbitterung und mit dem wirtschaftlichen Abstieg hält bei vielen der stilles gleiche Schritt. Die Familie zerfällt, sie muß zerfallen, Zank und Streit sind an der Tagesordnung, denn einer wirft dem anderen die Schuld an all dem Jammer an den Kopf. Vater und Mutter geraten aneinander, oft kleiner Nichtigkeiten wegen, harte Worte fallen, die Kinder hören und sehen, was sie eigentlich nicht sollten. Man steht sich gegenseitig auf den Beinen, eng zusammengepackt sind viele Menschen auf einen viel zu kleinen Raum. Stube und Küche müssen als Wohnraum für 5, 6 und noch mehr Menschen dienen, dazu kommen dann noch die fremden Hausgenossen. Wenn Vater nach Hause kommt, schickt er die Kinder auf die Straße spielen, er will ein wenig Ruhe, Platz für seine Beine haben. Mit dem Heranwachsen der Kinder wächst der Unfrieden. „Ich kann dich für 5 Mark die Woche nicht belästigen, dann noch Zigaretten und vielleicht auch das Kinobillet bezahlen“, meint Mutter zu dem Stöhnjüngling, „da mußt du schon sehen, daß du anderswo unterkommst.“ Und das ist wirklich keine Gefühlsfrage von der Frau, sie weiß einfach nicht ein noch aus.

### Feind Alkohol.

Düstere, traurige Szenarien offenbaren sich dort, wo der Alkohol sein vernichtendes Werk treibt. Da ist eine Familie mit fünf kleinen Kindern. Der Vater vertrinkt die Unterstützung und die Familie muß hungern. Macht ihm die Frau Vorwürfe, dann hagelt es Schläge und als sie sich gar keinen Rat mehr wußte, beantragte die Frau, daß die Unterstützung an sie ausbezahlt werde. Das geschah, leider aber nur mit dem Erfolg, daß der Mann der Frau das Geld gewaltig wieder abnahm. Als letzten Ausweg beschloß man, der Familie statt Geld Naturalien zu geben. Noch schlimmer ist folgender Fall: Der Vater ist in Herzberge, die Mutter tut, in der Wohnung haben allein drei Geschwister, zwei Burschen von 18 und 19, ein Mädchen von 17 Jahren. Eines Tages melden Hausbewohner, daß sie regelmäßig fremde junge Männer nach oben gehen sehen, dann hören sie Weinen und Schreien des Mädchens, es wird reichlich dem Alkohol zugesprochen und die „Kavaliere“ bezahlen den ganzen Freudenrummel. Die jungen Leute werden vorgeladen, sie sind sich der Tragweite ihres Handelns gar nicht recht bewußt, sie wollten bloß trinken, rauchen, ein bißchen Betrieb machen und einer mußte doch schließlich die Sache berappen.

Seither hält man das Trio wachsam im Auge, konnte auch nichts mehr Derartiges feststellen.

### Ohne Hausrat, ohne Betten.

Da gibt es Haushaltungen, wo auch schon das allerleichte Stück ins Behnhaus wandern mußte, oder der Möbelhändler hat die Einrichtung, die man in guten Zeiten auf Abzahlung kaufte, wieder abgeholt. Wo so gar nichts mehr zu holen ist, gehen die Leute besonders rigoros vor, oft steht nur mehr ein kleiner Restposten offen, aber sie machen kurzen Prozeß und dabei ein gutes Geschäft. In früheren Zeiten konnte das Wohlfahrtsamt in solchen Fällen mit Sachen aus den Nachlässen einspringen, aber heute, wo diese nicht mehr zur Verfügung stehen, ist die Hilfsbereitschaft arg reduziert worden. Da müssen die Menschen auf dem nackten Fußboden schlafen und sich mit ihren armseligen Kleidungsstücken zudecken.

## Teufel Morphinium.

Generaldirektor, Arzt und Kaufmann in seinen Klauen.

Vor der Kaufmännischen Kammer des Schöffengerichts Berlin-Mitte saßen auf der Anklagebank nebeneinander: der 70jährige, vielbeschäftigte und angesehene Schöneberger Arzt L., dessen etwa 50jährige, leberleidende Patientin, Fräulein M., eine gleich einer Barbare angelegte junge Generaldirektorstochter, der Kaufmann B. aus Seefeld und dessen ebenso junge wie schöne Frau aus Polen.

Ausgangspunkt der kriminalpolizeilichen Aktion, die diese bunte Gesellschaft zusammengebracht hatte, war eine Hausdurchsuchung bei dem Kaufmann B. Man fand bei ihm 250 Gramm Opium und ihn selbst bei dem im gleichen Hause wohnenden Generaldirektorstochterlein, das ihn seiner viel schöneren und gar nicht bemalten Frau abipensig gemacht hatte. Der Kaufmann war Morphiumist seit dem Kriege, die Tochter des Generaldirektors seit einer unglücklichen Liebesaffäre. Zwar versuchte er, das Mädchen von dem Gift, dem er selbst verfallen war, freizumachen, wurde aber in Wirklichkeit für sie zur neuen Giftquelle. Sie erbettelte es von ihm, schlich sogar in seine Wohnung, entwendete es ihm in seiner Abwesenheit und erfuhr durch ihn, ohne sein Wissen, seine Giftquelle. So war das Fräulein M., deren Namen sie erst nach langem Drängen der Polizei nannte. Als die Kriminalpolizei Fräulein M. am frühen Morgen überraschte, fand sie auf ihrem Nachtschisch noch eine ganze Flasche Morphiniumlösung und außerdem ein Morphinumrezept, das nordatiert auf diesen Tag ausgestellt war. Es trug die Unterschrift des Dr. L. In den beiden Apotheken, in denen sich Fräulein M. ihre Morphinumlösungen holte, stellte man etwa 200 solcher Morphinumrezepte fest.

Unter der Bedingung, daß sie ihre bezogene Entziehungskur auch durchhalte, bekam Fräulein M. zwei Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist. Dr. L. soll 400 M. Geldstrafe zahlen. Die Generaldirektorstochter, gegen die der Staatsanwalt das Verfahren eingestellt wissen wollte, bekam 100 M. Geldstrafe, Herr B. 200 M. und seine Frau 50 M. Geldstrafe.

# sehen + fühlen

und Sie werden wissen, einen wie guten Anzug Sie vor sich haben.

Der Anzug, den Sie bei uns bekommen, ist tiptop — verlassen Sie sich darauf — auch in unseren allerbilligsten Preislagen!

Das C & A-System hat es eben fertiggebracht, auch für den denkbar niedrigsten Preis einen Anzug zu schaffen, der in bezug auf Stoff, Schnitt, Sitz und Haltbarkeit allen berechtigten Ansprüchen entspricht.

Wenn es Sie nach einem Anzug verlangt, in dem Sie sich überall sehen lassen können — der Ihnen in Ihrem Existenzkampf hilft — und der „noch weniger“ kostet — dann —

# GEHEN SIE ZU C & A

Oranienstr. 40  
Am Oranienplatz

Chauneertr. 113 Königstraße 33  
Beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alsen-Jerplatz







# Kommt die Wirtschaftswende?

Von der Konjunktur zur Krise. — Ein Hitler-Erfolg macht alles zusehender.

Das Institut für Konjunkturforschung hat einige Ziffern über die Entwicklung des Geldvermögens, der Investitionen und der Borräte in Deutschland veröffentlicht, die zwar nur grob geschätzt, aber doch für wichtige Verschiebungen in der Volkswirtschaft von 1928 bis 1931, also von der Hochkonjunktur zum Tiefpunkt der Krise, charakteristisch sind.

Beim umlaufenden Geldvermögen sind zusammengestellt Noten und Münzen, Bankeinlagen (ohne Auslandsgelder), Spareinlagen, Kapitalanlagen der Versicherungen und umlaufende festverzinsliche Wertpapiere. Bei der Gesamtsumme dieser Posten ergab sich 1928 gegenüber 1927 noch ein Zuwachs von 8,4 Milliarden Mark, wozu auf Bankdepósitos 2,9, auf Spareinlagen ebenfalls 2,9 und auf Wertpapiere 1,3 Milliarden entfielen. 1929 betrug der Zugang gegenüber dem Vorjahr nur noch 3,9 Milliarden Mark. 1930 war der Gesamtzugang auf 2 Milliarden gesunken, wobei gegen das Vorjahr der Rückgang der Bankeinlagen um 1,2 Milliarden durch 1,8 Milliarden Spareinlagen-Zuwachs und 1,8 Milliarden Zuwachs von Versicherungskapital und Wertpapierumsatz noch weit mehr als ausgeglichen wurde. Im Jahre 1931 dagegen hatte sich die bisherige Vermehrungstendenz im Geldvermögen zu einem rapiden Schwund verwandelt. Im Jahre 1931 beträgt die Abnahme mehr als 3 Milliarden Mark gegenüber der Zunahme um mehr als 2 Milliarden im Jahre 1930 und um mehr als 8 Milliarden im Jahre 1928. Die Bankeinlagen verminderten sich um mehr als 2 Milliarden, die Spareinlagen und der Wertpapierumsatz um erheblich mehr als anderthalb Milliarden und nur bei den Kapitalanlagen der Versicherungen ergab sich ein Zuwachs von rund 0,4 Milliarden. Was in dieser Zeit an Geldvermögen gesammelt worden ist, ist von diesen Ziffern natürlich abzusehen.

Schätzungen über die Neuinvestitionen in der deutschen Produktion — neben dem Ersatz bestehender Anlagen — kommen zu dem Ergebnis, daß im Konjunkturjahr 1928 für 7,3 Milliarden

neue Anlagen errichtet wurden, 1930 für nur 2,8 bis 3 Milliarden, während 1931 nach der Auffassung des Konjunkturinstituts die Neuanlagen geringer waren als der normale Verschleiß, so daß von einem Substanzverzehr gesprochen werden könnte. Die baugewerbliche Bruttoproduktion habe 1931 höchstens noch 4,5 Milliarden betragen (wohl noch zu hoch geschätzt — D. Red.) und habe damit den tiefsten Stand seit 1924 erreicht. Die Maschineninvestitionen werden 1931 auf höchstens 1500 Millionen Mark geschätzt gegen 2100 Millionen 1930, 2940 Millionen 1929 und noch 3030 Millionen 1928 (Produktion und Einfuhr gerechnet unter Abzug der Ausfuhr).

Die Schätzung der in Industrie, Verkehr, Landwirtschaft und Handel gehandelten Borräte lautet für 1931 auf einen weiteren Vorrückgang um 2 bis 3 Milliarden gegen 2 Milliarden Rückgang 1930, 0,8 Milliarden Rückgang 1929, 2,6 Milliarden Zugang 1928 und 4,1 Milliarden Zugang 1927.

Die Erschöpfung der Borräte und die Vernachlässigung des Ersatzes von Industrieanlagen während der Krise und der Depression sind normalerweise die Ausgangspunkte für eine Belebung der Wirtschaft. Unter diesem Gesichtspunkt sind die Schätzungen des Konjunkturinstituts sehr reich und zeigen, daß die Zeit für eine Wirtschaftsbelebung eigentlich gekommen wäre. Daß gleichzeitig aber das Geldvermögen so außerordentlich stark zurückgegangen ist — die ausländischen Geldabziehungen spielen dabei eine besonders ernste Rolle —, und daß deshalb trotz der Krise Geld und Kapital teuer sind, ist aber eine entscheidende Hemmung für die Wiederbelebung der Wirtschaft. Dazu kommen noch die inländischen und internationalen Misstrauensfaktoren die das Wirtschaftsgeschehen in jener Erschöpfung beharren lassen, in der wir es jetzt noch sehen. Einen Erfolg Hitler würde zweifellos die in- und ausländischen Misstrauensfaktoren sehr stärken, so daß die Wiederbelebung der Wirtschaft noch mehr in die Ferne gerückt würde.

stiegen und liegt mit 70,1 Millionen Pfund um rund 7,9 Millionen Pfund über den Einfuhrziffern des Januar. Hier spricht allerdings mit, daß in der ersten Hälfte des Februar noch vor der Inkraftsetzung des neuen englischen Generalzolles Decksungsimporte in größerem Umfang erfolgt sind. Die Wiederausfuhr eingeführter Fabrikate ist mit 5,4 Millionen Pfund fast unverändert geblieben.

Die Passivität der englischen Handelsbilanz beträgt im Februar 34,6 gegen rund 25 Millionen Pfund im Januar. Im Februar vergangenen Jahres betrug der Einfuhrüberschuß in England 31,8 Millionen Pfund. Das Gesamtbild des englischen Außenhandels ist also nach wie vor noch sehr unbefriedigend.

## Der deutsche Maschinenexport. Nach 1931 lieferte er 240 000 Arbeitern Beschäftigung.

Mit der Verschärfung der innerdeutschen Krise hat die Ausfuhr des Maschinenbaus eine ständig wachsende Bedeutung für den Beschäftigungsgrad in dieser Industrie gewonnen. Der Anteil der Ausfuhr an der Gesamtproduktion erreichte im zweiten Halbjahr 1931 etwa 58 bis 60 Proz. Die in dieser Zeit eingehenden neuen Aufträge bestanden sogar zu 62 Proz. aus Auslandsbestellungen. Bei einer Gesamtzahl von 400 000 Beschäftigten im Maschinenbau sind also von Juli bis Dezember 1931 rund 240 000 Arbeiter durch den Export ernährt worden.

Bis in die zweite Hälfte des vergangenen Jahres wurde Deutschlands Maschinenausfuhr dadurch gestützt, daß die Weltkrisis verschiedene Länder erst in geringem Maße erfaßt hatte. So nahm Frankreich 1930 etwa 14 Proz. und 1931 immerhin noch 13 Proz. der deutschen Maschinenausfuhr auf. Die stärkste Stütze aber stellten die Bestellungen Russlands dar, die 1931 rund 26 Proz. des gesamten Maschinenexports betrug.

Nach den Feststellungen des Konjunkturinstituts konnte Deutschland seinen Anteil am Export der drei wichtigsten Maschinen-Ausfuhrländer in den letzten vier Jahren ganz erheblich steigern. Es betrug:

	1928	1931
Deutschlands Anteil . . . . .	30 Proz.	43 Proz.
U. S. A. Anteil . . . . .	43	37
Großbritanniens Anteil . . . . .	27	20

Damit hat sich Deutschland zum stärksten Maschinenexporteur der Welt entwickelt und das ehemals führende Großbritannien um mehr als das Doppelte im Export überflügelt.

Die Schutzpolitik und der Devisenmangel im Ausland erschweren aber die Ausfuhr deutscher Maschinen zusehends. Dies machte sich schon in den letzten Monaten des vergangenen Jahres unangenehm fühlbar. Gegen 1930 ist im letzten Jahr der Wert des Exports von 1408,4 auf 1132,2 Millionen Mark gesunken (1929 = 1394,4 Mill. M.), wobei allerdings auch Preisentsetzungen mitsprechen. Allein vom dritten zum vierten Quartal 1931 sanken die durchschnittlichen Ausfuhrpreise um 7 Proz. Die Ausfuhr nach Europa hat sich noch gut gehalten und betrug 1931 noch 63 Proz. (1929 = 100). Dagegen ist der Export nach den von der Krise zerrütteten überseeischen Ländern auf 47 Proz. der Ausfuhr von 1929 gesunken. Die wachsende Schutzpolitik, verbunden mit der Kontingentspolitik im Ausland dürfte die Exportlage der Maschinenindustrie in dem laufenden Jahr noch verschlechtern. Um so mehr Grund hat die deutsche Handelspolitik, unsere besten Abnehmer nicht durch aggressive Zölle (Butterzoll) noch vor den Kopf zu stoßen.

## Die erweiterte Teerfarbeninternationale Nach dem Beitritt Englands.

Die Verhandlungen, die seit längerer Zeit über eine Einbeziehung des großen englischen Chemiekonzerns in den deutsch-französisch-schweizerischen Farbstoffblock geschlossen worden sind, haben kürzlich zu einem positiven Ergebnis geführt: der englische Konzern, die Imperial Chemical Industries Ltd., schließt sich den Vereinbarungen an, die 1929 zwischen der deutschen, der französischen und schweizerischen Farbstoffindustrie abgeschlossen wurden. Zwar sind Preisbindungen nicht vorgesehen, doch ermöglicht der Vertrag ein gemeinsames Vorgehen in den jetzt zu bearbeitenden ausländischen Interessen. Der deutsche Farbstoffexport nach England war schon bisher auf die hochwertigsten Erzeugnisse beschränkt, und daran wird sich wohl auch in Zukunft nichts ändern. Ein großer Teil des deutschen Farbstoffexports ging bisher nach Britisch-Indien; wahrscheinlich wird jetzt ein Teil des Geschäfts dem englischen Partner überlassen werden.

Mit dieser Erweiterung sind in der Teerfarbeninternationale rund 70 Proz. der Teerfarbenerzeugung der Welt zusammengeschlossen. Die Imperial Chemical Industries Ltd. ist der größte, allerdings nicht der ausschließliche Produzent innerhalb der englischen Grenzen. Andererseits aber gehören indirekt auch die meisten italienischen Farbstoffunternehmen, die von der I. C. Farbenindustrie beeinflusst werden, der Farbstoffinternationale an. Was den Weltfarbenerport anbetrifft, so sind jetzt nicht weniger als 90 Proz. organisatorisch zusammengeschlossen. Von den größeren Farbstoffproduzenten außerhalb dieser Internationale sind nur noch vier Länder übriggeblieben: die Vereinigten Staaten, die vor allem nach dem Fernen Osten liefern, Japan, das in den letzten Jahren ausschließlich nach China exportierte, Russland, das noch gar keinen Farbstoffexport aufweist, und die Tschechoslowakei.

# Die neue Dresdner Bank.

Mehr als 330 Millionen Mark verordnete Sanierungszuschüsse des Reiches.

Die Dresdner Bank veröffentlicht ihren Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1931. Wie Zahlenangaben bezeugen sich auf die Danabank und die Dresdner Bank (neuer Name Dresdner Bank), da die Fusion beider Großbanken als im alten Jahr vollzogen gilt.

Jetzt erst erfährt man, daß die Hilfe des Reiches bei der Sanierung noch um 50 Millionen Mark höher als bisher bekannt war, vor allem, daß der größte Teil der gewährten Summen tatsächlich verlorene Zuschüsse sind. Die der Danabank gegebene Verlustreserve hat sich (seit der Mitteilung des Reichsfinanzministers am 23. Februar) von 100 auf 115 Millionen Mark, die an die Dresdner Bank gegebene Reserve von 60 auf 85 Millionen Mark erhöht. Ganz neu erscheint eine Reserve „für projektuelle Ansprüche“ in Höhe von 10 Millionen Mark. Wertwürdigerweise hat man es nicht für nötig befunden, im Geschäftsbericht überhaupt zu erwähnen, daß auch die letzte offene Reserve von 30 Millionen Mark vom Reich gestellt wurde.

Überhaupt gibt dieses neue Reichsunternehmen in Fragen der Publizität in dem veröffentlichten Bericht ein schlechtes Beispiel. Die Aufgliederung der Abschreibungen in Höhe von 253,15 Millionen Mark fehlt; die Zahlungen am Vorstand und Aufsichtsrat (1,03 Millionen Mark) sind in einer Summe, statt getrennt abgegeben; und die vom Reich gestellten Verlustreserven sind als stille Rücklagen unter Kreditoren verbucht, was nach dem neuen Aktienrecht jedenfalls für die nächste Bilanz nicht mehr zulässig ist.

Für das Reich ergibt sich aus der Sanierung der Danabank und Dresdner Bank folgende Gesamtbelastung an Zuschüssen und Krediten:

100 Mill. M. Verzicht des Reichs auf Vorzugsaktien;	
50	Verkaufspreis von Aktien zugunsten der Dresdner;
7,5	Aktien zum Umtausch der Danabankaktien;
115	Verlustreserve Danabank;
85	Dresdner Bank;
30	offene Reserve Dresdner Bank;
20	zur Abfindung bei Entlassungen;
10	Reserve für projektuelle Zwecke.

Insgesamt hat das Reich also 417,5 Millionen Mark für die Sanierung aufzuwenden! Zur Sanierung gehört aber noch der schon früher erfolgte Erwerb von 142,5 Millionen Mark Aktien, die den heutigen Reichsanteil an der Dresdner Bank (Gesamtkapital 220 Millionen Mark) darstellen.

Zu bemerken ist, daß das Reich allerdings den überwiegenden Teil seiner Leistungen nicht in bar, sondern in Schahnanweisungen bezahlte.

Von den Verzicht und Reservestellungen des Reiches in Höhe von 417,5 Millionen Mark sind laut Geschäftsbericht nur die 85 Millionen Mark Reserve der Dresdner Bank unbedingt zurückzuzahlen. Von den 115 Millionen Mark ist nur dann etwas zurückzuzahlen, wenn sich im Jahre 1932 ergibt, daß der Betrag nicht voll zur Deckung der Verluste der Danabank benötigt wird. Da mit dieser Möglichkeit nicht zu rechnen ist, so sind von den Reichsgeldern nicht weniger als 332,5 Millionen Mark als verlorene Zuschüsse anzusehen.

Der Gesamtumsatz beider Banken ist von 536 Milliarden im Jahre 1930 auf 391 Milliarden im Jahre 1931, die Zahl der Konten von 619 000 auf 560 000 zurückgegangen. Der Ver-

sonalbestand würde von 15 364 auf 13 898 durch Abbau sinken. Ein weiterer Abbau ist zu erwarten, da an 52 Filialen in Deutschland Filialen von jedem der fusionierten Institute bestehen. Damit dieser Personalabbau schonend geschieht, dafür hat das Reich — nach erfolgreichen Bemühungen der Bankangestelltenverbände — den Abfindungsfonds von 20 Millionen Mark bereitgestellt.

## Kreditverbilligung in London.

Diskont von 5 auf 4 Proz. gesenkt. — Deutsche Kreditverbilligung gerechtfertigt.

Die Bank von England hat ihren Diskontsatz von 5 Proz., der seit dem 18. Februar in Geltung war, auf 4 Proz. herabgesetzt.

Diese Kreditverbilligung steht in unmittelbarem Zusammenhang zu den Wertsteigerungen der englischen Währung, von denen wir gestern berichtet haben. Die englische Währungsverbesserung ergab sich als Folge des seit langem andauernden Zustroms fremder Gelder nach England in demselben Währungs, in dem die englische Notenbank den Verkauf fremder Devisen nicht mehr nötig hatte. Der Geldzufluß nach England war wiederum eine Folge des verhältnismäßig hohen Zinsfußes von 5 Proz., den die Bank von England aufrechterhielt. Aus den Ländern mit niedrigeren Zinsfüßen, insbesondere aus Frankreich, Holland, der Schweiz und den Vereinigten Staaten, wurden Zinsgewinne in London zu machen versucht. Dazu kam, nachdem England seine Verpflichtungen gegenüber dem Ausland prompt eingelöst hatte, die Erwartung einer Pfundwertsteigerung und damit die Aussicht auf Devisenkursgewinne. Endlich hatte die Entwertung des englischen Pfundes auch zur Folge, daß alle Schuldner in englischer Währung bemüht waren, ihre Schulden zurückzuzahlen, solange der englische Pfundkurs noch niedrig war, um dadurch möglichst viel Kursgewinne zu machen.

Alle diese Momente führten zu einer sehr großen Geldfülligkeit bei den Londoner Banken, die für ihre eigenen Wechsel nur Zinsen von 2,6 Proz. zahlten, während der Diskont noch auf 5 Proz. stand. So erklärte sich die englische Diskontsenkung aus den englischen Geldmarktvorkäufen und aus der Tatsache, daß die Bank von England aus allen Devisenverlegenheiten heraus war. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Bank von England bald noch eine weitere Diskontsenkung vornehmen wird.

Als vor drei Tagen die Deutsche Reichsbank ihren Diskont herabsetzte, schien das noch etwas gewagt, weil England nicht vorangegangen war. Die deutsche Kreditverbilligung ist jetzt auch durch das englische Vorgehen gerechtfertigt.

## Der britische Außenhandel.

Weitere Verschlechterung im Februar.

Die Bilanz des englischen Außenhandels im Februar, die jetzt vom Handelsamt veröffentlicht wird, ist schlechter denn je. Die Ausfuhr, die schon im Januar mit 31,1 Millionen Pfund ihren tiefsten Stand erreicht hatte, ist weiter auf rund 30 Millionen Pfund gesunken. Es zeigt sich immer mehr, daß der Versuch, die englische Ausfuhr mit Hilfe der Abwertung des Pfundes künstlich hochzutreiben, bisher wenigstens ein Schlag ins Wasser gewesen ist.

Die Einfuhr ist im Berichtsmontat ziemlich beträchtlich ge-

Nur gute Arznei hilft Dir! Nur die Apotheke bürgt für die Güte!



Kauft Heilmittel nur in der Apotheke — Ihr seid es Eurer Gesundheit schuldig!

haushalten heißt:  
**Sunlicht Seife**  
im Haus halten

## Sparfassen stehen gut!

Einzahlungen im Januar um fast 200 Millionen gestiegen.

Die schwierige Situation, in die das Sparfassenwesen in Deutschland durch den Zusammenbruch des Bankensystems im Sommer und Herbst geraten war, ist jetzt endgültig überwunden.

Dies zeigt sich am deutlichsten in den Ausweisen der monatlichen Ein- und Auszahlungen. Im August erreichten die Einzahlungen von Spargeldern ihren tiefsten Stand mit 344 Millionen Mark, während die Auszahlungen 655 Millionen Mark betragen. Die Entwicklung in den nächsten Monaten war folgende:

Einzahlung	Auszahlung	Auszahlungsüberschuss in Millionen Mark	
September . . . . .	364	655	291
Oktober . . . . .	430	721	291
November . . . . .	380	572	192
Dezember . . . . .	419	616	197
Januar . . . . .	612	680	68

Die Einzahlungen von Spargeldern haben also nach den bisherigen Feststellungen — das endgültige Ergebnis steht noch aus — um fast 200 Millionen im Januar gegenüber dem vorhergehenden Monat zugenommen. Diese erfreuliche Tatsache deutet darauf hin, daß die Mißtrauenswelle, die zum Geldhamstern im großen Maße geführt hat, mehr und mehr im Abklingen begriffen ist. Es dürfte sich bei den Mehreinzahlungen weniger um neue Spargelder handeln, da die Krise die Massenkraft und Sparkraft völlig erschüttert hat, als vielmehr um die Rückkehr von abgehobenen und im Strumpf aufbewahrten Sparguthaben. Die von 616 auf 680 Millionen Mark gestiegenen Auszahlungen spiegeln die Verschärfung der Wirtschaftskrise und die erhöhte winterrliche Arbeitslosigkeit wider, die zu einem Rückgriff auf die letzten Sparreserven gezwungen hat.

## Butterzoll von der andern Seite

### Erfahrungen eines deutschen Kaufmanns in den Nordländern

Von einer langen Geschäftsreise in den skandinavischen Staaten sendet uns zum Thema der Butterzölle ein deutscher Kaufmann folgende Zuschrift:

„Nur die wenigsten Menschen können sich eine Vorstellung davon machen, welche Erbitterung diese deutsche Maßnahme in jenen nordischen Ländern hervorgerufen hat. Den wirklichen Grad der Erregung aber kann man nur erkennen, wenn man in diesen Ländern reist.“

Weit über die materielle Schädigung hinaus, die vielleicht den „primären“, jedoch nicht einmal den ausschlaggebenden Faktor bildet, empfindet man jene unverständliche Maßnahme als eine Herausforderung. Die bestehenden Verurteilungen, die man allenfalls in Deutschland ins Treffen führen könnte, haben in jenen Ländern nicht die geringste Bedeutung. Man argumentiert, daß es eine reine Selbstverständlichkeit ist, jenen Ländern, die von Deutschland tausend Industrieprodukte kaufen sollen, wenigstens die Chance zu geben, die fast einzige hauptsächlichste Verkaufsmöglichkeit auszunutzen zu können. Andererseits versteht man (selbst vom deutschen Standpunkt aus gesehen) nicht, warum man zu solchen Mitteln greift, die mehr als ein halbes Duzend benachbarter Nachbarländer in eine Kampfstellung zu Deutschland drängen mußten, anstatt dem verarmten deutschen Volke Gelegenheit zu geben, sich zu billigen Preisen ein wertvolles Nahrungsmittel zu verschaffen. Man sagt auch (durchaus zutreffend), daß noch nicht einmal denen damit geholfen werden kann, die als Nutznießer dieses Extrazolles in Frage kommen. Selbst wenn ein kleiner Teil des deutschen Volkes nur die Butter der deutschen Landwirte kaufen würde, so hat man damit zu rechnen, daß dieser Kreis angesichts der schwierigen sozialen Situation immer kleiner werden muß, während der Verbrauch in anderen, billigeren Fettstoffen (Margarine usw.) steigen wird.

Die Gegenmaßnahmen der geschädigten Länder, die zwar ebenfalls in Form allgemeiner gültiger Bestimmungen erlassen worden sind, richten sich demgemäß auch offensichtlich gegen Deutschland oder werden in diesem Sinne gehandhabt. Zum Beispiel hat Dänemark für den Bezug ausländischer Waren den Zwang sogenannter „Balutafschene“ vorgeschrieben. Aber es ist in Dänemark ein offenes Geheimnis, daß es leicht ist für englische Waren solche Balutafschene zu erhalten, während sie dem Importeur deutscher Waren gatt verweigert werden.

Daneben läuft eine mit allen wirkungsvollen Mitteln betriebene Propaganda, die darauf hinausläuft, sich möglichst auf die Verwendung einheimischer Produkte zu beschränken. Und das Schlimmste bei alledem ist, daß zum Beispiel in Dänemark der stärkste Impuls von der Landwirtschaft — also von den Bauern — ausgeht, die sich schon jetzt energisch weigern, deutsche Waren zu kaufen. Solche Ideen sind — sobald sie sich erst einmal festgesetzt haben — in Jahren nicht mehr herauszutreiben, selbst dann nicht, wenn die Ursache längst beseitigt ist.“

# Wenn Hitler gewählt würde . . .

## Streikende werden erschossen, Lohn- und Tariffsystem wird beseitigt.

Der „Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, stellt einige Ansprüche und Ausführungen von maßgebenden Nationalsozialisten zusammen, die in dieser Beziehung aufschlußreich sind. Der nationalsozialistische Hauptmann Wagener, Verbindungsleiter der NSDAP zur „Wirtschaft“, folgte am 7. November 1931 in einer Rede u. a.:

„Bei uns werden Unternehmer und Arbeitnehmer zusammenfassen; eine Abstimmung wird aber nicht durchgeführt . . . Künftig werden die Betriebsräte den Unternehmern beraten; entscheiden aber muß natürlich stets der Unternehmer.“

Der wirtschaftspolitische Sachverständige der NSDAP und frühere Handelsredakteur der „Börsenzeitung“, Funk, hielt im Berliner Herrenklub im November 1931 eine Rede, in der er u. a. folgendes sagte:

„Es ist für die Wirtschaft und für den einzelnen Arbeiter besser, wenn mehr Arbeiter zu herabgesetzten Löhnen beschäftigt werden, die noch einen Ertrag für die Produktion zulassen und dadurch die Arbeitslosigkeit gestoppt und wirksam bekämpft werden kann.“

Wir werden das marxistische Lohn- und Tariffsystem völlig beseitigen, das die Arbeitsleistung völlig nivelliert, den Ertrag der Wirtschaft verhindert und dem Arbeiter keine Aufstiegschancen schafft.“

Georg Straßer, R. d. A., einer der maßgebendsten Adjutanten Hitlers, erklärte 1930 in einer Versammlung in Leipzig:

„Zehn Gesetze heben den ganzen Dreck auf. Landesverräter werden gehängt. Streikende werden erschossen. Und es wird nicht viele geben, die sich deshalb an die Wand stellen lassen.“

Das sind nur einige Blütenlesen aus dem Strauß. Sie sagen vielleicht unseren Lesern nichts Neues, aber es ist gut, immer wieder den Arbeitern und Angestellten einzuhaßern, daß ein Sieg Hitlers die völlige Beseitigung aller Arbeiterrechte bedeuten würde und daß schwerste Kämpfe notwendig sein würden, um nur einen Teil dessen wieder zu erringen, was die Arbeiterschaft heute an Rechten und an Einfluß besitzt. Es kann deshalb nur eine Parole geben:

**Schlagt Hitler, indem ihr Hindenburg wählt!**

## Die Leichenschändung.

### Eine Statistik über die „Deserteure“.

Die „Partei der Deserteure“ wie das Nazi-Dreckmaul Dr. Goebbels im Reichstag die Sozialdemokratie zu beschimpfen sich erkrachte — besteht in ihrer übergroßen Masse aus den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Ueber die Teilnahme dieser Arbeiter am Weltkrieg haben die freigewerkschaftlichen Organisationen eine Statistik geführt. Diese Kriegstatistik der Gewerkschaften wurde abschließend in der statistischen Beilage des Korrespondenzblattes vom 10. Juli 1920 veröffentlicht.

Was besagt die Kriegstatistik der Gewerkschaften? Man ersieht daraus, daß von den 2.289.454 männlichen Mitgliedern, die die freien Gewerkschaften bei Kriegsbeginn zählten, 1.412.837 im Laufe des Krieges zum Kriegsdienst einrückten, d. h. zwei Drittel aller Mitglieder. Bei einzelnen Berufsgruppen ist dieser Prozentsatz noch weit überschritten worden. Von den organisierten Gärtnern waren z. B. 91,5 Proz., von den Bäckern und Konditoren 87,9 Proz., von den Friseurgehilfen 87,7 Proz., von den Glasern 79,3 Proz., von den Steinmetzen 82,4 Proz. im Heeresdienst. Es ist zu beachten, daß die Zahl der Eingezogenen sicherlich zu gering angegeben ist, da diese Mitglieder, besonders Bediende oder Reueingetretene, es unterlassen haben, bei der Einberufung zum Heeresdienst sich bei ihrem Verband abzumelden.

Von den 1.412.837 Kriegsteilnehmern der freien Gewerkschaften kehrten 129.585 nicht mehr in die Heimat zurück. Sie waren im Kriege gefallen oder an Verwundungen und Krankheiten in den Lazarettlagern gestorben. Da mit dem 30. September 1918 — zu diesem Zeitpunkt schließt die Statistik — die Todeszahlen noch nicht abgeschlossen waren, kann man annehmen, daß mindestens der zehnte Teil der Einberufenen als Kriegsoffer geblieben ist.

Nicht mitgezählt wurden die Mitglieder, die hochprozentig kriegsbeschädigt in die Heimat zurückkehrten und die als Krüppel oder Elende zu den bedauernswertesten Opfern des Krieges zu rechnen sind.

Aus der Kriegstatistik der Gewerkschaften ergibt sich auch, daß die sozialistisch organisierten Arbeiter nicht nur ihre vaterländische Pflicht getan haben, sondern daß einzelne Berufsgruppen prozentual weit über dem Durchschnitt der Gesamtkriegsoffer Deutschlands schwerste Verluste erlitten haben. So wurden von den eingerückten Mitgliedern bei den Appalateuren fast jeder fünfte, bei den Buchdruckern, Kupferstechern, Kürschnern, Porzellanarbeitern und Steinsetzern fast jeder sechste, bei den Bergarbeitern, Glasarbeitern und Hutmachern jeder siebente ein Opfer des Krieges.

Sie sind tot, Herr Goebbels aber, der lebt und mit Friede von Pirmasens fern vom Schuß blieb, beschimpft sie als Deserteure. Und die NSDAP verbreitet diese infame Leichenschändung in Flugblättern.

## Nochmals 30 Prozent Gehaltstürzung!

### Ein aufschlußreicher Antrag der Nazis.

Man sollte es zwar nicht glauben, aber es gibt auch unter den Angestellten bei den Behörden solche, die glauben, daß Hitler, wenn er nur erst an der Macht wäre, sofort die Rotorordnungen wieder aufheben und die Gehälter der Behördenangestellten wieder auf ihren früheren Stand bringen würde! Die Nazis, die bekanntlich jedem gern das versprechen, was er sich selber

wünscht, hüten sich wohl, in ihren Agitationsreden zuzugeben, daß auch das Dritte Reich die in Deutschland bestehende Finanznot nicht ändern könnte. Hin und wieder läßt aber auch die Nazis ihre Masken und lassen erkennen, was die Behördenangestellten in Wirklichkeit vom Dritten Reich zu erwarten haben. In Heddlingen bei Magdeburg haben die Nationalsozialisten, wie der „Freie Angestellte“, die Zeitschrift des Zentralverbandes der Angestellten, mitteilt, in der Stadtkonferenz am 12. August folgenden Antrag gestellt:

„Die Gehälter der Beamten und Angestellten der Stadt werden weiter bis zu 30 Proz. gekürzt.“

Wohlgemerkt: Diese Kürzung soll nach Ansicht der Nazis neben den bisher schon erfolgten Gehaltstürzungen durchgeführt werden. Das ist so ein kleiner Vorgeschmack vom Dritten Reich. Die Nazis sind übrigens überzeugt, daß die Anechtung und Entrechtung der Arbeiterschaft im Dritten Reich schon deshalb keinerlei Schwierigkeiten machen wird, weil ja sie allein zu bestimmen, die Arbeiter, Angestellten und Beamten aber zu tun haben werden.

## Der Konflikt im Buchdruckgewerbe.

### Auf dem Wege der Verständigung.

Bei den Firmen Eisner und „Berliner Börsenzeitung“ ist der Konflikt wegen der Aufhebung der überörtlichen Löhne nunmehr beigelegt.

Das Personal der Firma Eisner hatte bekanntlich einem Vergleichsvorschlag des Gewerberats Körner zugestimmt, wonach die von beiden Seiten ausgesprochenen Kündigungen zurückgenommen und bis zum 7. März betriebliche Verhandlungen zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten geführt werden sollten. Die betrieblichen Verhandlungen verliefen aber ergebnislos, so daß entsprechend dem Vergleichsvorschlag Gewerberat Körner als unparteiischem Vorsitzenden des Reichsschiedsamts die endgültige Entscheidung zufiel. Gewerberat Körner hat den Parteien einen neuen Vorschlag unterbreitet, der von beiden Seiten angenommen worden ist. Danach werden die Wochenordnungen der Handwerker der Firma Eisner, soweit sie unter 58 M. liegen, um eine Mark, und soweit sie über 58 M. liegen, um zwei Mark gekürzt. Die überörtlichen Löhne der Maschinenseher und Stereotypsetzer werden um 5 M. pro Woche gekürzt, die der Tief- und Notationsdrucker um 4,50 M., die der Korrektoren um 3 M. und die überörtlichen Löhne der Hochdrucker um 2,50 M. Die durch diese Neuregelung eventuell entstehenden Härten sollen ausgeglichen werden. Die neuen Löhne gelten ab 12. März bis zum 30. April d. J.

Bei der „Berliner Börsenzeitung“ waren an dem Konflikt nur die Maschinenseher beteiligt. Zur Beilegung dieses Konflikts ist von Gewerberat Körner gleichfalls ein Vergleichsvorschlag gemacht worden, den beide Parteien angenommen haben. Dieser Vorschlag sieht für die Maschinenseher, die verkürzt arbeiten, einen Abbau der überörtlichen Verdienste um 6 M. pro Woche vor und für die voll beschäftigten Maschinenseher von 8 M.

Ueber die Vereinbarungen, die bei den Firmen Greve („Deutsche Allgemeine Zeitung“) und „Deutsche Tageszeitung“ getroffen worden sind, haben wir bereits berichtet.

Die Firma Longenscheidt wo die Arbeit seit dem 27. Februar vollständig ruht, hat nunmehr beim Oberpräsidenten einen Antrag auf vollständige Stilllegung ihres Drucker-

# Rauchen Sie lieber eine Zigarette weniger, aber dafür eine gute

## Haus Bergmann Klasse

### 5 Stück 20 ¢

Allen Packungen liegen bei:

Bergmanns Bunte Bilder von Walter Trier  
Wertvolle Stickerien nach Prof. Poetter.



